

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Gott und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Anzeigenpreise: Die einseitige Raumverteilung...

Konten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 16. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Noch keine Regierung.

Die Volkspartei macht Schwierigkeiten.

Die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Führern der Mittelparteien...

Den Demokraten ist, wie wir hören, das Reichswirtschaftsministerium angeboten worden...

Reichskanzler Dr. Luther begab sich am Abend zum Reichspräsidenten, um ihm Bericht zu erstatten.

(Siehe auch den Leitartikel.)

Reichslandbund und Regierungsbildung.

Forderungen nebst Kommentar.

Die Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kallreuth und Hepp, haben dem Reichskanzler folgende Erklärung überliefert:

„Das Schicksal des deutschen Volkes soll in die Hände einer neuen Regierung gelegt werden. Der Reichslandbund hält es für seine Pflicht, der Regierung und dem Volke nochmals mit unverhüllter Deutlichkeit zu sagen, was ist und was zu geschehen hat.“

Sehr richtig, wir werden mit unverhüllter Deutlichkeit kommentieren: also Befreiung von den Pensionen für deutschnationale Parteisekretäre.

Weiter der Landbund:

„Der Befreiung von der Ueberlast solcher sozialen Ausgaben, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigen.“

Sehr richtig, also schleunigste Befehlsgebung über die Fürstenabfindung.

Weiter der Landbund:

„Der Befreiung von allen Fesseln, die eine Preisorientierung nach dem leistungsfähigsten und billigsten Betriebe verhindern.“

Sehr richtig, also fort mit den Schutzzöllen.

Weiter der Landbund:

„Der Befreiung von einem Lohnsystem, das ohne Rücksicht auf den Arbeiter die Löhne nivelliert, den tüchtigen herabdrückt und die Gesamtleistung mindert.“

Sehr richtig, also fort mit tariflosen Löhnen!

Weiter der Landbund:

„der Abkehr von einer Handelspolitik, die aus politischen Rücksichten wertvolle Produktionsgrundlagen opfert.“

Sehr richtig, also Abschluß von Handelsverträgen, die dem Abbau der Zollmauer dienen.

Weiter der Landbund:

„Das deutsche Volk muß wissen, daß die Vorbedingungen zu neuer Kraftentfaltung der Deutschen Landwirtschaft ein Freisausegleich zwischen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Erzeugnissen, eine der Betriebseligenart der Landwirtschaft entsprechende Kreditgestaltung und Befreiung aus den Händen einer produktionsfeindlichen Börsenspekulation ist.“

Gut, gut! Weg mit Hugenbergs Pressegeschäften, seinen Landbankpekulationen, mit den Sachwertpekulationen der Raiffeisenbank und den Landbundgenossenschaften!

Weiter der Landbund:

„Von der Gesundung der Landwirtschaft hängt die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft, die Sicherung des täglichen Brotes für die Volksgemeinschaft ab. Hebung der Produktion ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Das deutsche Volk muß wissen, daß die deutsche Wirtschaft, solange die Kriegskontributionen in der Form der Dawes-Gaben ihr unmittelbar und mittelbar die besten Kräfte entziehen, zu Siechtum und Verfall verurteilt ist.“

Stimmt! Die Besten gehen, wir behaften Kallreuth, Hepp und Co.

Weiter der Landbund:

„Das Deutsche Volk hat ein Recht die Wahrheit zu wissen. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie hart und unpopulär ist.“

Also heraus mit dem, was bei Unternehmern und Agrariern nicht gerne gehört wird!

Weiter der Landbund:

„Nur die Regierung, die den Mut zu dieser Pflichterfüllung aufbringt, die fest entschlossen ist, auf dem harten Wege der Erkenntnis das Volk zu führen, wird Rettung bringen. Die Not der schaffenden Stände ist zu groß, als daß noch länger lauiert werden könnte. Feste Entschlossenheit allein kann helfen!“

Feste Entschlossenheit: sehr gut! Deshalb geht es an. Wie steht's mit der Durchführung des Programms, selbstverständlich nach unserem Kommentar — mit fester Entschlossenheit und unverhüllter Deutlichkeit?

Die Regierung der Mitte.

Wird sie — wird sie nicht?

Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist.

Nachdem sich die Sozialdemokraten von der Bühne der Regierungsbildung in den Zuschauerraum zurückgezogen hatten, schien nichts leichter und einfacher zu sein als die Bildung einer Regierung der Mitte. Die Parteien der Mitte waren ja, sagte man uns, allesamt zur Großen Koalition bereit gewesen, sie hätten sich, sagte man uns, allesamt mit den Richtlinien Kochs einverstanden erklärt. So war so ziemlich alles da, was man brauchte: der gemeinsame politische Wille, ja sogar das gemeinsame formulierte Programm. Es blieb nur noch die Lösung der Personenfrage; diese aber schien um so leichter zu sein, als jetzt die vier oder fünf Portefeuilles, auf die die Sozialdemokratie Anspruch gehabt hätte, zur Verteilung freistanden. So war wohl zu erwarten, daß Luthers Kabinett der Mitte im Handumdrehen zustande kam.

Seit dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind drei Tage und vier Nächte vergangen, und es ist noch nichts zustande gekommen. Die Vormittagsverhandlungen vom Freitag wurden ohne Ergebnis abgebrochen; mit den Nachmittagsverhandlungen ging es ebenso. Und auch die demokratische Presse — der dieses Geständnis nach allem Vorangegangenen schwer sein mag — muß zugeben, daß der Grund der Schwierigkeiten in dem Bestreben der Volkspartei liegt, einen ganz unverhältnismäßig großen Einfluß in dem neuen Kabinett zu erlangen und diesem dadurch einen stark rechtsgerichteten Charakter zu geben.

Herr Luther, der wieder Reichskanzler werden soll, ist parteipolitisch nicht abgestempelt, kann aber keinesfalls dem Zentrum und den Demokraten zugezählt werden; nach seinen Auffassungen ist er zweifellos ein Mann der Volkspartei. Herr Stresemann, der Außenminister, ist Führer der Volkspartei. So sind schon die beiden wichtigsten Portefeuilles dem Einfluß der weiter links stehenden Mittelparteien entzogen. Herr Krohne, der Reichsverkehrminister, ist eingeschriebenes Mitglied der Volkspartei, Herr Stingi, der Postminister, ist eingeschriebenes Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Diese vier Herren gelten als die stehenden Größen der neuen Kabinettsbildung, und sie stehen alle vier auf dem rechten Flügel.

Man könnte glauben, daß damit die Ansprüche des rechten Flügels befriedigt seien. Die Deutsche und die Bayerische Volkspartei sind zusammen 70 Mann stark. Zentrum und Demokraten zählen 102 Mitglieder. Wenn die Siebenzig vier Ministerposten haben, und dabei die allerwichtigsten, so ist das schon allerhand.

Ihnen genügt das aber nicht. Sie wollen von den übrigen bleibenden Portefeuilles noch zwei haben, und zwar wiederum die wichtigsten: nämlich das Innenministerium und das Reichswehrministerium. Für das erste heißen ihre Kandidaten Curtius oder Kardorf, für das zweite Brüninghaus oder Scholz. In den Rest — Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Justiz, Ernährung — dürfen sich Zentrum und Demokraten teilen; vielleicht wäre man bereit, ihnen auch eines der umstrittenen Portefeuilles, Inneres oder Reichswehr, zu überlassen.

Kandidat der Demokraten für das Innere ist Koch. Gegen ihn erhebt die Volkspartei Widerspruch! Warum? Weil er der Kanzler der Großen Koalition werden sollte? Weil er Republikaner ist? Weil er dem Reichsausschuß des Reichsbanners angehört? Sicher aus allen diesen Gründen. Man wünscht in dieser Regierung der Mitte auch nicht einen Mann zu haben, in dessen demokratische Zuverlässigkeit breite Kreise der republikanisch gesinnten Bevölkerung auch außerhalb der Demokratischen Partei Vertrauen setzen. Dieser Koch, den die Volkspartei, sagte man uns, schon als Reichskanzler akzeptiert hatte, und dessen Regierungsprogramm, sagte man uns, sie schon angenommen hatte, ist für die Volkspartei als Innenminister einer Mittelregierung ein ganz unmöglicher Mann!

Hauptkandidat der Volkspartei für das Innenministerium ist, nachdem man Kardorffs Unmöglichkeit eingesehen zu haben scheint, Curtius. Wer ist Curtius? Seine politische Lebensgeschichte ist kurz. Vorübergehend hat er, geborener Duisburger, in der badiischen Volkspartei eine Rolle gespielt. Im badiischen Liberalismus der Vorkriegszeit wäre freilich eine Erscheinung solcher Art undenkbar gewesen; damals hätte Herr Curtius seinen Platz bei den Konservativen nehmen müssen. Aber da, nach Hugenberg, der Unterschied zwischen Volksparteikern und Deutschnationalen nur darin besteht, daß die einen von Stresemann geführt werden und die anderen nicht, kann Curtius heute auch Mitglied der Volkspartei sein.

Herr Curtius ist der Mann, der im August 1924 mit dem Deutschnationalen den berüchtigten Kaufvertrag ab-

Regierungswahl in Wien.

Bundeskanzler Ramek übernimmt das Außenamt.

Wien, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat wählte am Freitag vormittag in namentlicher Abstimmung die neue Regierung, die 80 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen auf sich vereinigte, während 53 sozialdemokratische Stimmen gegen die Regierung abgegeben wurden. (Es haben somit 15 Sozialdemokraten gefehlt. Red. d. 'B.'). Die Zusammensetzung der Regierung ist folgende: Bundeskanzler und Außenminister Dr. Ramek, Vizekanzler und Justiz Dr. Waber, Finanzminister Dr. Kollmann, Handel und Verkehr Dr. Schürff, Kultur und Unterricht Dr. Schneider, Landwirtschaft Andreas Thaler, Soziales Dr. Relch, Heer Baugoin. Waber und Schürff gehören der 'Großdeutschen Pp.' an.

Unmittelbar nach der Wahl wurden die Mitglieder der neuen Regierung vom Bundespräsidenten vereidigt. Anschließend entwickelte der Bundeskanzler im Nationalrat das Programm der neuen Regierung. In der Ansprache beleuchtete Genosse Dr. Ellenbogen die Treibereien innerhalb der Christlichsozialen Partei und unterzog das Programm der Regierung einer scharfen Kritik. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokraten sich auf dem Gebiete des Mieterschutzes zu keinen Konzessionen bereitfinden werden. Den ungarischen Kriegshelden rief er zu, daß die österreichische Sozialdemokratie ihr Land gegen Angriffe der ungarischen Gegenrevolution bis zum letzten verteidigen werde.

Sachisten und Emigranten.

Polizeispiegel als Konsulatsbeamte.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem 'Paris Soir' soll die italienische Regierung eine größere Anzahl von Polizeibeamten nach Frankreich geschickt haben zu dem Zweck, die zahlreichen italienischen Spitzlinge auf französischem Gebiet zu überwachern. Die diplomatische Weiterungen zu vermeiden, seien diese Agenten 'offiziell' formell den italienischen Konsulaten beigegeben worden.

Kulissenkampf im Kammerauschuß.

Vielleicht heute offene Schlacht im Plenum.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Zwischenfall in der Finanzkommission am Donnerstag hat die Entwicklung des Konflikts zwischen der Regierung und der Linken in der Frage der Finanzreform wesentlich beschleunigt. Er hat bewirkt, daß es schon am Sonnabend zu der unermüdlich gewordenen Auseinandersetzung im Plenum der Kammer kommen wird, während sie sonst kaum vor Ende der nächsten Woche zu erwarten gewesen wäre.

Das Manöver der den Mittel- und Rechtsparteien angehörigen Mitglieder der Finanzkommission, die am Donnerstag die Sitzung unter Protest verlassen und damit die weiteren Verhandlungen der Kommission unmöglich gemacht haben, war von der Annahme ausgegangen, daß die Mehrheit der Kommission den Vorschlag der Opposition dazu benutzen werde, ihr eigenes Projekt unter Dach und Fach zu bringen, daß der Bericht der Kommission das Plenum vor die Wahl zwischen der Regierungsvorlage und dem Gegenprojekt des Kartells stellen werde. Da in der Kammer zweifellos weit leichter eine Mehrheit gegen das Kartellprojekt als eine solche für die Doumergueschen Gesetzentwürfe zu finden ist, wäre es nur eine Frage des geschickten Wandrierens gewesen, zunächst eine Abstimmung über das erstere herbeizuführen. Gegen das Kartell hätten dann zweifellos mit der gesamten Rechten und den Mittelgruppen auch die Kommunisten gestimmt, und damit hätte die Regierung gewonnenes Spiel gehabt. Diese Strategie hatte jedoch die Linke rechtzeitig durchschaut. Die den Kartellparteien angehörigen Mitglieder der Finanzkommission haben deshalb darauf verzichtet, die Diskussion über ihr eigenes Gegenprojekt zu Ende zu führen, und der am Sonnabend zu erstattende Kommissionsbericht wird sich darauf, nach einer Darlegung der Regierungsvorlage und der Gründe, die die Kommissionsmehrheit zu deren Ablehnung bestimmt haben, der Kammer eine Resolution vorschlagen, die die Regierung auffordert, einen neuen Gesetzentwurf einzubringen, der dem Bedenken der Ausschlußmehrheit Rechnung trägt.

Schloß, der ihnen vier Ministerplätze zusagte, wenn sie die Dawes-Gesetze passieren ließen. Die Kaufurlunde ist ja seinerzeit veröffentlicht worden; es lohnt sich, ihren entscheidenden Teil ins Gedächtnis zurückzurufen. Da hieß es: Wir (die Deutsche Volkspartei, Red. d. „L.“) haben seit den Reichstagswahlen danach gestrebt, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit an den Reichsgeschäften heranzuziehen. Wir erklären heute, daß wir diese Mitarbeit bei der Durchführung des Londoner Paktes und des innerpolitischen Aufbaues für notwendig halten. Uebernimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen.

Dieses Dokument des Gesinnungskaufes, eines der unsaubersten Blätter der neueren deutschen Geschichte, trägt die Unterschrift des Herrn Curtius!

Curtius oder Koch?
Und das Reichswehrministerium? Hier kann man sich auf den fatalistischen Standpunkt stellen, daß die Befehle ziemlich gleichgültig sei, weil nach der bisherigen Entwicklung der Dinge der bürgerliche Minister doch nur eine parlamentarische Verzierung sei und weiter nichts. Dieser Standpunkt gilt aber nicht, wenn ein Volksparteiler das Amt übernimmt, und besonders nicht, wenn dieser Volksparteiler der Konteradmiral a. D. Brünninghaus ist. Ein solcher Mann wäre nicht nur parlamentarischer Feigenblatt, er wäre eine im Bösen vorwärts treibende Kraft.

Demokraten und Zentrum sind in Verlegenheit. So hatten sie sich die Sache nicht vorgestellt, weder in der Großen Koalition noch in einer Regierung der Mitte. Muß nicht auch in ihnen der Verdacht aufsteigen, daß die Volkspartei die politische Gewalt in treuen Händen übernehmen will, bis es Zeit ist, sie wieder mit den Deutschnationalen zu teilen? Und was können die Deutschnationalen an einem Kabinett aussetzen, in dem Luther, Stingl, Krohne, Curtius, Brünninghaus usw. sitzen, und in das Koch nicht hineindarf?

Zwei Tage haben genügt, eine Legende zu zerstören: die Legende, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein gedeihliches Zusammenarbeiten in einer Großen Koalition möglich war und daß die Große Koalition nur an der Sozialdemokratie gescheitert ist.

Die Verbrauchten.

Abschied von Gehler und Ranig.

„Ich weiß deine Werte, daß du weder kalt noch warm bist. Ich, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist, und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“ (Offend. Johannes 3, 15, 16.)

Es hat Herrn Gehler und den Grafen Ranig ausgespien. Herr Gehler wird nicht mehr Reichswehrminister sein, Graf Ranig nicht mehr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Herr Gehler hat gebeten, die schwere Bürde des Amtes von seinen Schultern zu nehmen, Graf Ranig hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich bitte Sie, von meiner Wiederberufung in ein neues Kabinett abzusehen, da einerseits die verantwortungsvolle und anstrengende Tätigkeit des Leiters eines Wirtschaftsressorts in fast 2 1/2 Jahren schwerster Wirtschaftskrisis eine gerode unter den heutigen Verhältnissen besonders schnelle politische und gesundheitliche Abnutzung mit sich bringt, die für mich jedenfalls eine längere Erholungszeit unbedingt notwendig macht; andererseits jedoch erfordern die andauernd schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse meiner Ansicht nach die ununterbrochene Weiterführung meines Amtes durch eine frische, unverbrauchte Kraft.“

Zwei Staatsmänner, die, beide noch auf der Höhe des Lebens, sich als abgemüht und verbraucht bezeichnen. Verbraucht und abgemüht — wodurch?

Wir wissen ihre Werte. Herr Gehler wurde Reichswehrminister als Demokrat, als Mitglied einer grundsätzlich republikanischen Partei. Der Schutz der Republik, die Durchdringung der Reichswehr mit republikanischem Geiste hätte seine vornehmste Aufgabe sein müssen. Sein Werk aber war jenes System der Halbheit, daß den Feinden der Republik Mut und Hoffnung auf das Heer der Republik gab. Schwarze Reichswehr und Küstriner Putsch, Mißachtung der Reichsfarben, Dedung putschistischer Bestrebungen durch unsinnige Landesverratsverfahren, Mißbrauch der Reichswehr zur Demonstration des Monarchismus und der Pseudorepublik, Fernhaltung wahrhaft republikanischen Geistes von der Reichswehr — diese Punkte bezeichnen das System Gehler. Der Reichswehrminister Gehler, dessen Aufgabe es gewesen wäre, mit hartem Willen die Reichswehr zu einem Heer der Republik zu gestalten, hat ein schwächliches Kompromiß mit den Männern und Kräften des alten Systems geschlossen. Er hat es geschlossen, weil er selbst ein Kompromiß zwischen dem Alten und dem Neuen ist, ein Vernunftrepublikaner und Gesinnungsmonarchist, weder kalt noch warm.

Graf Ranig, der ostpreussische Großgrundbesitzer, der Sohn des Fortämpfers großagrarischer Interessen, schwankte als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hin und her zwischen Wahrnehmung agrarischer Interessen und Wahrung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten. Der Druck des Landbundes, seiner Standesgenossen, führte zur Vergewaltigung der Wissenschaft, zur Verteidigung der Schutzpolitik — besseres Wissen zu haben und unvollkommenen Verfassungen wie zu dem Plan eines begrenzten Getreidemonopols. Halb hatte er sich losgelöst von der Tradition der starr brutalen großagrarischen Interessentenpolitik, halb ließ er sich von ihr mitziehen. Sein Kampf für die agrarischen Interessen war lau — sein Wirken auf dem Gebiete der Boden- und Siedlungspolitik im Interesse des Volkes ein Verfehlen. Er sah immer zwischen zwei Stühlen. Er konnte sich nicht durchringen zur Vertretung einer Handelspolitik, die Deutschlands Wohl dringend erfordert.

Schutz der Republik durch die Durchdringung der Reichswehr mit republikanischem Geiste — Neugestaltung der Handelspolitik durch die Niederreißung der Zollmauern — zwei große Aufgaben im Dienste Deutschlands! Aufgaben von dieser Größe können nicht gelöst werden von Staatsmännern, die innerlich lau und schwankend sind, sie können nur gelöst werden mit hartem Willen zum Unbedingten. Mit der Größe der Aufgabe, mit den Schwierigkeiten, die sich ihrer Durchführung entgegenstellen, wächst der wahre Staatsmann und seine Kraft. Herr Gehler und Graf Ranig besaßen weder die innere Härte noch den Willen zum Unbedingten. Der eine war kein Republikaner von Gesinnung, der andere hin und her schwankend zwischen agrarischen Interessen und besserer volkswirtschaftlicher Einsicht. Sie sind heute der Bürde müde, politisch und gesundheitlich abgemüht. Sie scheiden verbraucht. Verbraucht jedoch nicht von der Schwere der Aufgabe, von den Jahren des Wirkens, verbraucht vielmehr durch das Mißtrauen von überall, verbraucht durch ihre innere Halbheit.

Die Auswirkung der Locarno-Verträge.

Zusammenkunft des deutschen und französischen Außenministers geplant.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat sich in zwei Sitzungen mit den Auswirkungen der Locarno-Verträge beschäftigt. Es ist eigentlich nicht erkennbar, welchen Sinn und Zweck es hat, dieses Thema im gegenwärtigen Augenblick zur Debatte zu stellen. Erst vor sechs Wochen sind die Abmachungen von Locarno durch den Reichstag ratifiziert und dann in London unterzeichnet worden, und was das wichtigste ist, sie sind überhaupt noch nicht in Kraft getreten, da ihre Wirksamkeit befristet erst dann beginnt, wenn Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund vollzogen hat.

Natürlich ist über die „Rückwirkungen“ gesprochen worden, die ja auch in der Zeit vor der endgültigen Unterzeichnung im Mittel-

punkt der Debatte gestanden haben. Aber was konnte über sie Neues gesagt werden? Jedermann weiß aus den Zeitungen, was auf diesem Gebiete geschehen und was noch nicht geschehen ist, und je nach der Einstellung zu den Verträgen überhaupt bewerten die verschiedenen Parteien das, was man erreicht hat. Inzwischen ist höchstens insofern eine neue Situation eingetreten, als nach der Meldung eines englischen Blattes eine Unterkommission der Völkerkonferenz einen Beschluß gefaßt haben soll, nach dem die Zahl der Truppen in der zweiten und dritten Zone 75 000 Mann betragen soll. Das würde im Widerspruch stehen mit einer feinerzeit der deutschen Regierung gegebenen Zusicherung, wonach die Befehlungsarmee auf die normale Stärke, d. h. die Stärke der in den betreffenden Gebieten vor dem Kriege garnisonierten deutschen Truppen, gebracht werden soll. Das waren rund 50 000 Mann.

Am sich könnte es vielleicht gleichgültig sein, ob 50 000 oder 75 000 Franzosen, Engländer und Belgier auf deutschem Gebiete stehen. Im Prinzip wird durch die Zahl der Soldaten die Unentgeltlichkeit der fremden Besatzung nicht berührt. Aber selbstverständlich beeinflußt die Größe des Kontingents die Wohngelegenheit für die Bevölkerung. Je stärker die Besatzung, um so größer die Anforderungen an Baulichkeiten, und es muß daher schon aus diesem Grunde die Innehaltung der feinerzeit gegebenen Zusicherung mit Nachdruck gefordert werden. Wie man hört, ist für den Monat Februar eine persönliche Zusammenkunft zwischen dem deutschen und französischen Außenminister geplant, und bei der Gelegenheit kann dann der Verlauf einer Bereinigung der heute noch strittigen Fragen gemacht werden.

Rechtsgültigkeit von Notverordnungen.

Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Der Staatsgerichtshof hat Ende November den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, die vom preussischen Staatsministerium am 26. März 1925, zu einer Zeit also, als die Regierung lediglich die Geschäfte führte, erlassenen Notverordnungen für verfassungswidrig und daher rechtlich ungültig zu erklären, zurückgewiesen. Rummel liegt die Begründung des Staatsgerichtshofs zu seinem Urteil vor. Aus ihm ergeben sich u. a. folgende Rechtsgrundsätze:

1. Auch ein zurückgetretenes Gesamtministerium, also eine Geschäftsregierung, stellt ein Staatsministerium im Sinne des Artikels 55 der Preussischen Verfassung dar und ist zum Erlaß von Notverordnungen befugt.

2. Als Voraussetzung verlangt Artikel 55, daß „der Landtag nicht versammelt ist“. Ob das Richterversammeltsein kürzere oder längere Zeit andauert, ist gleichgültig, da der Erlaß von Notverordnungen keinen Aufschub duldet.

3. Notverordnungen dürfen nur in Übereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss des Landtags erlassen werden. Falsch ist aber die Auffassung, daß Notverordnungen nur außerhalb einer Tagung oder zwischen zwei Landtagen erlassen werden dürfen.

4. Auch die Verordnung über die Verlängerung der Wahlzeiten der Provinzial-Landtage und -Kreistage verstößt nicht gegen die Verfassung.

5. Die in das Ermessen der Regierung gestellte Frage, ob die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes den Erlaß einer Verordnung dringend erfordert, unterliegt der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof.

6. Eine Regierung verstößt nicht gegen die Verfassung, wenn sie mit Hilfe des Landtags an die Stelle einer verfassungsmäßigen Grundtage für ihre Geschäftsführung eine andere, ebenfalls verfassungsmäßige zu setzen sucht.

Amnestie in Bulgarien. Der bulgarische Ministerrat hat, wie TL mittelt, den Amnestieentwurf des Kabinetts Jankoff in erweiterter Gestalt angenommen. Der neue Gesetzentwurf erstreckt sich auf die Ereignisse von Tirnowo im Jahre 1922, auf den agrar-kommunistischen Aufstand im September 1922, sowie auf alle Straftaten gegen das Geleß über den erhöhten Schutz des Staates. Ausgenommen von der Amnestie sind die Führer des agrar-kommunistischen Aufstandes vom Jahre 1923. Insgesamt sollen durch die Amnestie 1500 Personen begnadigt werden.

Pfarrer Hell.

Von Hermann Schöninger.

Pflicht steht er im Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung, dieser düstere, menschenscheue Pastor des Arbeiterorts von München, der mit Rülle und Arroganz seit sieben Jahren den Mafel jenes Gerüchts trägt, der wahre Mörder von 12 sozialdemokratischen Arbeitern zu sein. Ich erinnere mich an eine Parteiversammlung in Perlach. Da stand er am Ende des Referats plötzlich mitten unter uns und sprach in der Diskussion, um die Wand einzureißen, die seit dem Mord von Perlach zwischen ihm und seinen Gemeindegliedern stand. Aber er rührte nur den Vesthau der Ermordeten wieder auf, und eine eifige Kälte legte sich über den Saal.

Pfarrer Hell, das ist so der Typ des in der Kneifzange der Rätezeit wild gewordenen bayerischen Spießhirs. Er durfte vier Wochen lang nicht über die Ostgrenze hinaus, selbst wenn ein „Kranke im Sterben lag und nach dem Abendmahl verlangte“; er sollte die Glocken läuten für den „Auben“ Eloner, jeder Lämmel rannte mit dem Gewehr und gar mit einer roten Binde umher, und die Frau Pfarrer fühlte sich bedroht von ihrem Mann oder von dem aufjässigen Tagelöhner gegenüber! So viel Gift und Galle und Haß mußte irgendwo zum Körper heraus, und so telephonierte man an die nette und lebenswürdige Einquartierung, die adretten beiden Seutnants vom Freikorps Lügnow aus Berlin. Die würden schon ein „Exempel“ statuieren, und die Frau Pfarrer hätte endgültig vor der roten Gesellschaft ihre Kuh! Daß die netten jungen Leute die zwölf Schüsse der Gemeinde Perlach gleich per Expreß zum lieben Gott beförderten, das war ja nicht gerade schön — aber Krieg ist Krieg, und die Preußen sind eben mal fürchtbar schneidig und forsch! — Immer dasselbe: Zuerst wird die Truppe auf das „rote Nest“ scharf gemacht, und dann heißt es: „Aber wer wird denn gleich sooo!“

Bierzehn Tage vor dem Einrücken der Studenten- und Freiwilligenregimenter in München machten wir, die republikanische Schutztruppe des sozialdemokratischen Militärministers, den Versuch, die Räterepublik in München durch eine militärische „Abkühlung“ der Landeshauptstadt zum Erlöschen zu bringen. Da begegnete mir jeden Tag ein neuer „Pfarrer Hell“. Sobald wir mit unseren Stahlhelmen und Karabinern am Bahnhof erschienen, sammelte sich um unsere Feldmarchen und Posten — noch ganz leis und vorsichtig — die „Hautenolee“: „Ach — ihr seid Regierungstruppen! Habe die Ehre, Herr Hauptmann! Grüß Gott, Herr Kamerad! Schießen Sie nur fest in das rote Pack! Da vorn an der Ecke wohnt auch so ein Bader! Knallt ihn doch über den Haufen, den roten Hund!“ An der Brücke von Landsbut stellte sich mir sogar ein richtiger General vor, Eggelens von Sawieso; sein Sohn hatte gleich die Reitpeitsche und einen niedlichen Revolver mitgebracht. „Ach, Herr Kamerad, Sie schießen doch wohl die ganze Bande über den Haufen, die noch da oben im Postamt steht?“ Der Herr war sehr enttäuscht, als er

hörte, daß die Truppe republikanisch und sozialdemokratisch sei, lediglich den Auftrag hätte, die Eingänge von München zu besetzen, und nicht daran dachte, ohne feindkriegsgerichtlichem Urteil wehrlose Gefangene an die Wand zu stellen. „Ach, aber Sie sind doch etwa nicht Sozialdemokrat?“ „Dawohl, Euer Eggelens!“ Da ist ihm das Monokel heruntergefallen.

Leider hatten unsere sozialdemokratischen Arbeiter im Soldatenrock nicht alle die Kraft, sich um der Demokratie und der Republik willen zur Erreichung der operativen Aufgabe mit der Waffe Stellung zu verschaffen, und über die beiden bei Dachau und Freising zum Umkehren gezwungenen Detachements stürmten die hahgeschwollenen Studentenformationen zur Abrechnung mit den „Roten Hundern“ nach München hinein. Der Verlust der Nord war übrigens nicht die einzige „Heldental“ jener herrlichen Zeit. Die Massenerschließung von 80 Russen im Steinbruch bei Gräfelfing war zweifellos noch ein viel grauameres Stück.

In Gräfelfing waren in jenen Maitagen gemütliche württembergische, ich glaube Tübingen, Studenten eingezogen. Sie zitterten vor Talebrand und brannten auf die Abrechnung mit dem roten Pack. Regelmäßige Gefechte hat es damals in dem „Glacis“ der Festung München nicht gegeben. So sorgte man anderweitig für Sensation. Eine solche stellte die „Gefangennahme“ von etwa hundert Russen, ehemaligen Kriegsgefangenen aus dem Lager von Puchheim, dar. Ihnen hatten die Rotgardisten erzählt, der Krieg sei jetzt aus, es wäre Revolution, wir seien alle Brüder; es gelte jetzt lediglich, die Revolution gegen einige konterrevolutionäre Banden zu verteidigen. Jeder erhielt ein Gewehr, einen Saß voll Brot, und dann ging's los. Bei Gräfelfing wurde dieses Detachment ohnmachtloser Russen von den württembergischen Studenten in Empfang genommen, ins Feuerhaus gesteckt und nach einer kurzen Untersuchungsumdie (es konnte ja niemand russisch) zum Tode verurteilt und von den sensationslüsternen Studenten in einem Steinbruch aufgefickt. Der Bürgermeister und der Kommandeur des Studentenbataillons widersetzten sich. Die Herren aber erklärten: „Wenn wir unseren Spah nicht kriegen, dann gehn wir nach Haus.“ Und nun begann eine der schrecklichsten Schlächtereien, die wohl jemals vorgekommen sind. Wie am „Anstand“ schossen die Studenten auf den Reichentanzel los, so daß der zur Exekution beschlossene praktische Arzt entsetzt dem Schauspiel den Rücken kehrte.

Das „Auffengrab“ von Gräfelfing und der Pfarrer von Perlach, das sind wohl die schaurigsten Denkmäler Münchens aus jenem blutigen Mord!

Reformpläne für die preussische Kunstverwaltung. In der Seemannschen „Kunstchronik“ veröffentlicht Dr. Alfred Kuhn einen Vorschlag, der im Interesse der preussischen Kunstverwaltung ernsthaft zu erwägen wäre und der im großen und ganzen dem entspricht, was wir schon wiederholt als einzige Lösung der bisherigen verkommenen Zustände empfohlen haben. Nämlich: die Schaffung einer selbständigen behördlichen Verwaltung mit einem Staats-

sekretär an der Spitze, wie sie sich in Italien und Frankreich bewährt hat. Heute leidet das Kunstgebiet unter der verwaltungsähnlichen Verteilung an nicht weniger als sieben Ministerien und vor allem unter der politischen Verquickung mit ihnen so fernliegenden Dingen im Kultusministerium, wie Schulen und Kirchen. Ein selbständiges Staatssekretariat, das die Kunstabteilungen aller Ministerien an sich zieht, würde weder mehr Kosten noch mehr Räume erfordern, die ewigen Kompetenzschwierigkeiten und Verschleppungen beenden, den peinlichen Zustand abstellen, daß sich die Ministerien ständig hintereinander vor der Verantwortlichkeit verstecken, würde dem Parlament eine wirklich verantwortliche Persönlichkeit gegenüberstellen. Der neue Staatssekretär für Kunst mühte unter sich haben: Museen, Schlösser, öffentliches Bauwesen, Kunstschutzwesen inklusive Baugewerkschulen, die staatliche Porzellanmanufaktur und die Staatstheater. Er könnte beweglicher als bisher, da er dem Staatsministerium direkt unterstände, Kunstpolitik treiben und im vollen Licht der Kritik stehen.

Internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit. Die vom Völkerbund eingesetzte Internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit, in der Deutschland durch Einsein vertreten ist und der auch je ein Delegierter Russlands und der Vereinigten Staaten angehört, hält augenblicklich in Paris ihre diesjährigen Sitzungen ab. Sie hat an Stelle des Franzosen Bergson, der vor kurzem sein Amt niederlegte und der in seiner Eigenschaft als Delegierter Frankreichs in Paris seinen Nachfolger gefunden hat, den holländischen Delegierten Lorentz zu ihrem Präsidenten gewählt. Die Beratungen der Kommission, die bis Ende der Woche dauern werden, gelten in erster Linie der von der letzten Vollversammlung des Völkerbundes gewünschten Einsetzung eines Sachverständigenkomitees zur Zusammenfassung aller offiziellen und privaten Bestrebungen zur Propagierung des Völkerbundgedankens in den Kreisen der Jugend.

Das Internationale Institut, dessen Einweihung heute stattfindet, ist nach dem Muster des Internationalen Arbeitsbureaus organisiert und in einem Teile des Palais Royal, das die französische Regierung zu seiner Verfügung gestellt hat, untergebracht. Direktor des Instituts ist der Franzose Luchaire. Das Institut legt sich aus verschiedenen Abteilungen zusammen: der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten, der Abteilung für Universitätsangelegenheiten, der wissenschaftlichen Abteilung, einer juristischen Abteilung, einer literarischen und einer künstlerischen Abteilung.

Der Dionisi Enrico Tojoli, der die frühere tschechische Kronprinzessin aus den Armen des Kaiserlehrsers Giraud, mit dem sie ihrem Friedrich Kunze ausgetauscht war, nicht nur übernahm, sondern auch ehelichte, ist in Florenz gestorben.

Ausstellung russischer Druckergewerkschaft in Deutschland. Das Zentralkomitee der russischen Druckergewerkschaft hat von dem Bundesverband der Stadt Chemnitz die Ausfertigung erhalten, eine Ausstellung von Druckergewerkschaften in Deutschland zu veranstalten. Die russische Gewerkschaft wird der Einladung Folge leisten. Der Beginn der Ausstellung, die mehrere G. höchstbesuchte Deutschlands besuchen soll, ist für Anfang Februar im Aussicht genommen.

Kleber Walter Rathenau als Charakterkopf zur Charakterbildung (bricht) Theodor Rappstein am 18. d. d. 8 Uhr, im Kaiserpalastmuseum, Schloßstr. 64d.

Schießerlaß und Massenmord.

Nostes Zeugenaussage im Verlach-Prozess.

München, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagserörterung des Verlach-Prozesses erklärte ein Zeuge, daß in der Wohnung eines der Erschossenen tatsächlich Gewehrmunition gefunden worden sei. Mit Spannung hörte man die Zeugenaussage Nostes an, der vor allem Auskunft über seinen Schießerlaß gab. Noste erklärte, er habe bei der Befämpfung der Spartakusunruhen ursprünglich die Absicht gehabt, daß Erschießungen auf ein Mindestmaß zu beschränken seien, und er habe infolgedessen schonende Behandlung angeordnet. Das habe sich aber in der Praxis als nicht durchführbar erwiesen. Er habe immer wieder von den Befehlshabern Beschwerden bekommen, daß so und so viele Regimentstruppen durch die Unklarheit in Gefahr gekommen seien und schwere Verluste erlitten hätten, da die Freigekommenen sofort wieder Kämpfer geworden wären. Als die Grausamkeit der Spartakisten in Berlin zunahm, habe er dann den Schießerlaß herausgegeben, den er selbst niedergeschrieben habe. Nach diesem Erlaß war jede Person, die mit der Waffe in der Hand im Kampf gegen die Regimentstruppen angetroffen wurde, zu erschießen. Die Strafkämpfe in Berlin waren infolgedessen eine Belastung für die Reichshauptstadt geworden, die unmöglich von längerer Dauer sein durfte.

Er müsse zugeben, daß der Schießerlaß die Möglichkeit eröffnet habe, jeden an Ort und Stelle zu erschießen.

Ueber die juristische Zulässigkeit des Erlasses sei viel gekritten worden und es seien viele Vorwürfe gegen ihn, den Zeugen, erhoben worden. Man könne an den Erlaß nicht nachträglich mit der freilichlichen Absicht der Prüfung auf juristische Zulässigkeit und Möglichkeit herantreten, sondern man müsse sich in jene Tage zurückversetzen. Entscheidend war der Effekt; die Methode war Nebensache. Wenn der Erlaß vielleicht auch manches zeitigte, was uns heute mit Schrecken erfüllt, so ist er nach meiner Überzeugung notwendig gewesen und hat erreicht, daß die Kämpfe in Berlin sofort abgeklaut sind. Allerdings haben sich auf diesen Erlaß auch manche Leute für Handlungen bezogen, für die er nicht gedacht war.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Hilsberg, ob die Angeklagten glauben könnten, daß in Bayern die Verhältnisse so lagen, daß die gleichen Methoden angewendet werden wie in Berlin, erwiderte Noste: Der vorliegende Fall weicht ganz erheblich von anderen Fällen ab, und ich kann nicht annehmen, daß die Erschießung durch Befehl so rechtfertigbar ist. Das sage ich allerdings bei freilichlicher, nüchternen Prüfung des Sachverhalts, betone aber, daß ich die Redemomente des vorliegenden Falles nicht kenne, ebenso nicht die Einstellungen jener Zeit und die damals herrschenden Gefühlsmomente. Ich habe, ob direkt oder indirekt, nur eine Anweisung gegeben, nämlich so rasch als möglich der Räteherrschaft in München ein Ende zu machen. Es heißt jetzt (in der Münchener Anklageschrift Red. d. V.), daß die preussischen Truppen kein Standrecht hatten und die oberste Gewalt bei den bayerischen Militärbehörden lag. Das kann ich unter keinen Umständen gelten lassen. Die vollständige Gewalt über das ganze Reich war mir übertragen. Es war auch in den Verhandlungen mit der bayerischen Regierung über die Entsendung von Freikorps niemals die Rede davon, Bayern hätte überhaupt keine militärischen Machtmittel. Die bayerische Regierung hatte die Aufstellung von Freikorps verhindert und das Korps Epp wurde außerhalb Bayerns aufgestellt, aber zahlenmäßig unzulänglich, bildete es überhaupt keine nennenswerte militärische Macht. Die Räteregierung wurde infolgedessen nahezu ausschließlich durch württembergische und preussische Truppen niedergeworfen.

In der Nachmittagssitzung der Verhandlung wurden einige

Zugenszenen der Erschießung

vernommen. Einer von ihnen hat das Gefühl gehabt, daß die Erschießung zu rasch vor sich gegangen sei. Ein anderer, der jetzt 22-jährige Monteur-Eckermann aus Berlin, der an der Erschießung teilgenommen hat (als 15-jähriger! Red. d. V.), erzählt, daß er und seine Kameraden von Prüfern geholt worden seien mit den Worten: „Bereit machen, es werden ein paar Kommunisten erschossen!“ Unter der Leitung Prüfers seien dann die Gefangenen truppweise erschossen worden. Er habe einige Zeit vor der Erschießung Böhsing auf dem Hofe gesehen, der Erschießung selbst habe ein anderer Offizier beigewohnt.

Die Erschießung habe nicht den Charakter einer Regelmäßigkeit gehabt,

sondern sei im Vergleich zu anderen Erschießungen womöglich noch förmlicher gewesen. Vielleicht seien vorher Freiwillige für die Hinrichtung aufgefodert worden, offenbar haben sich nicht genügend Leute gemeldet, da es kurz vor dem Essenholer gewesen sei, wo man so etwas nicht gern gemacht habe.

Nach Bekundung eines anderen Zeugen hat

Prüfer einen der Gefangenen, der sichtlich um sein Leben gebeten, aufgefordert, zurückzutreten, sonst würde er mit der Pistole erschossen.

Dieser Zeuge hat sich gewundert, daß kein Offizier bei der Erschießung anwesend war.

Ueber die allgemeinen Befehle für standrechtliche Erschießungen sagte der Führer der bayerischen Truppen im Kampf um München, General v. Köhl, der bekannte Wittelsbacher Monarchist, aus: Gefangene hätten nur nach standrechtlicher Verhandlung erschossen werden dürfen. Das müsse jeder Offizier gewußt haben. Das Standgericht hätte möglichst aus einem Juristen und zwei Soldaten bestehen sollen. Ein Verteidiger mache darauf aufmerksam, daß damals gegen einen General ein Strafverfahren eingeleitet worden sei, weil er die Bildung von Feldgerichten als der gesetzlichen Grundlage entbehrend verboten habe. So unsicher seien damals die Begriffe gewesen. Der Zeuge Obermeier, der Leutnant im Freikorps Wittmann und bei der Erschießung zugegen war, bezeugte, daß ihm Prüfer auf seine Frage, ob die Gefangenen standrechtlich abgetrieben seien, mit Ja geantwortet habe. — Die Verhandlung wird am Sonnabend fortgesetzt.

Die Not der Tabakarbeiter.

Ein sozialdemokratischer Antrag will helfen.

Die Erhöhung der Tabakabgaben durch die Rechtsregierung hat die Erwerbslosigkeit im Tabakgewerbe vielfach vergrößert. Etwa drei Viertel aller Tabakarbeiter sind ganz oder teilweise erwerbslos. Um die Wirkungen dieser Massennot zu mildern, hatte die Sozialdemokratie ursprünglich durchgehend, daß die Unterstützung der Tabakarbeiter, die durch gesetzliche Maßnahmen erwerbslos werden, in dem Umfang vorgenommen wird, wie sie bereits früher bestanden hatte. Unter dem Druck der Regierung aber wurde diese Bestimmung mit Hilfe christlicher Arbeiterführer, die zuerst dafür eingetreten waren, wieder beseitigt. Es wurde lediglich eine Bestimmung beschlossen, die den Tabakarbeitern den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung sicherte, die Unterstützungsdauer auf ein Jahr verlängerte und die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung vorschlug. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind erst drei Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassen worden! Ihr Inhalt steht außerdem mit dem Gesetz in schärfstem Widerspruch, so daß ein erheblicher Teil der voll-erwerbslosen Tabakarbeiter gar keine Unterstützung erhält. Auch bei der Unterstützung der Kurzarbeiter sind Bestimmungen erlassen worden, die dem Gesetz widersprechen.

Infolgedessen hat sich der Tabakarbeiterstand in ganz Deutschland eine gewaltige Erregung bemächtigt. Sie richtet sich in erster Linie gegen das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften, weil der Reichsarbeitsminister Brauns für die Ausführungsbestimmungen verantwortlich ist und die christlichen Gewerkschaftsführer im Reichstage seinerzeit den sozialdemokratischen Antrag niederkümmerten. Um das damit an den Tabakarbeitern verübte Unrecht wieder gutzumachen, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages den Antrag eingebracht, die im alten Tabaksteuergesetz für die Unterstützung der Tabakarbeiter geltenden Bestimmungen wieder einzuführen.

Notstandsmaßnahmen des Landtags.

Vertagung auf den 27. Januar.

In der gestrigen Landtagssitzung verfiel zunächst ein Antrag der Kommunisten, sofort über Ergreifung von Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der monarchistischen Organisationen zu beraten, der Ablehnung.

Es folgte die dritte Beratung der Novelle über die Bestimmung von

Mitgliedern des Reichsrats

durch die Provinzialverwaltungen. Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten haben einen Kompromißantrag eingebracht, der die bisher strittigen Punkte behandelt. Bestehen bleibt jedoch die einheitliche Stimmabgabe Preußens im Reichsrat, dagegen werden den Provinzen für die Beratungen mit dem Staatsministerium einige Konzessionen gemacht.

Abg. Bebt (Soz.) erklärt, die neue Fassung komme den Provinzen erheblich entgegen, während Abg. Baeker-Berlin (Dnat.) für seine Partei auch die neue Fassung als Vergewaltigung der Rechte der Provinzen ablehnt.

Abg. Dr. Lauther (Z.) betont, daß nach der Verfassung nicht die mindeste Berechtigung bestehe, die Provinzialstimmen als solche minderen Rechtes zu betrachten.

Diesen Ausführungen pflichtet Dr. v. Campe (D. Sp.) bei. Die Einheit Preußens im Reichsrat müsse allem voranstehen.

Abg. Jell (Dem.) glaubt, daß die Deutschnationalen die Vorlage als solche nur nicht wollten und daß ihre Einwände leicht zu widerlegen seien.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Dtsch.-Hann.) lehnt den Kompromißantrag ab.

Die Abstimmung ergibt die endgültige Annahme der Novelle in der Fassung des Kompromißantrages, durch den eine Berechnungsart eingeführt wird, die den Einfluß der Provinzen sichert.

In der Gesamtabstimmung findet die Vorlage mit großer Mehrheit endgültige Annahme gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschhannoveraner und der Völkischen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung über die zur

Hochwasserkatastrophe

vorliegenden Anträge. Abg. Bartels (Komm.) setzt sich für die Anträge seiner Partei ein und fordert insbesondere Durchführungen von Notstandsarbeiten.

Abg. Wibel (Dem.) spricht für die Kleinen Gewerbetreibenden des Rheinlandes, die ganz besonders der Hilfe bedürften. Besondere Pflicht des Reiches sei es, helfend einzugreifen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich Abg. Dr. Klamm (Wirtschaftliche Vereinigung), Abg. Wiegandshaus (Völk.), Peters-Hochdorn (Soz.), Quast-Jassem (Dnat.), Die (Z.), Högel (Wirtsch. Bg.), Dr. Kooße (D. Sp.), Abg. Kasten (Soz.) und Abg. Bergmann (Z.); sie sprechen in der Hauptsache für Hilfsmassnahmen für die durch sie vertretenen Gebiete, wie Schleswig-Holstein, Thüringen, das Harzgebiet, Südhannover, das Juchgebiet der Weser usw. Abg. Die (Z.) wünscht insbesondere auch Schutz des Hausbesitzes; Abg. Högel (Wirtsch. Bg.) machte auf die gefährliche Tatsache aufmerksam, daß durch die Hochwasserkatastrophe in Südhannover aus dem Harz und seinen Bergwerken metallisches Geröll auf die Freiberger geschwemmt wurde, wodurch Bleivergiftungsgefahr für das Vieh erwachse. Abg. Bergmann (Z.) schätzte allein für Köln angegriffenen Hochwasserbeschaden auf 5,4 Millionen Mark. Er fordert weiter, daß die von Preußen zur Wiedergutmachung der Hochwasserbeschäden 1919/20 seinerzeit in Papiermark gegebenen Darlehen restlos niedergeschlagen werden.

Jungdo und Landesverrat.

Eine mysteriöse Angelegenheit.

Gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Wabraun, ist von der Kasseler Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. Dazu schreibt uns Herr Arnold Rulberg folgendes:

„Es ist das Gerücht aufgetaucht, daß die Fühlungnahme, welche Engländer, Franzosen und Amerikaner mit der Leitung des Jungdeutschen Ordens gesucht haben, dem Hochmeister des Ordens, Herrn Wabraun, als Landesverrat ausgelegt werde. Es sollte sogar versucht werden, ein Verfahren gegen ihn in Gang zu bringen.“

Die Vorgänge, um die es sich handelt, sind mir bekannt. Ich kann daher bezeugen, daß der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Herr Wabraun, die für die Reichspolitik aller maßgebendsten Persönlichkeiten der Reichsregierung über alle Unterhaltungen der Ordensleitung mit Ausländern eingehend informiert hat. Es ist mir ferner bekannt, daß Beamte des deutschen Auswärtigen Dienstes bestimmt sind, mit denen die Leitung des Jungdeutschen Ordens weiter Fühlung halten möge.“

Nach diesem Schritt wird man erwarten müssen, daß die amtlichen Stellen der Deffentlichkeit Aufklärung über diese wirklich dunkle Angelegenheit geben.

Reichsfinanzen und Wirtschaftskrise.

Rückgang des Steuerertrags im Dezember.

Der neue Reichsausweis über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben im Dezember 1925 zeigt deutlich die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Reichsfinanzen. Während im Durchschnitt der Monate April/November 1925 600 Millionen monatlich ausfielen, beträgt der Gesamtertrag im Dezember nur 487 Millionen, also 113 Millionen weniger. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß im Dezember keine Zahlungstermine für Einkommen- und Vermögenssteuer lagen. Aber selbst gegenüber dem schlechtesten früheren Monat ist ein Rückgang von 40 Millionen eingetreten. Andererseits zeigt das Ergebnis der Massenbelastung, die immer das beste Abbild der Konjunkturschwankungen bietet, daß sich die Wirtschaftskrise noch keineswegs finanziell ausgewirkt hat, so daß mit einem weiteren Rückgang des Ertrages einiger Steuern gerechnet werden muß. Im einzelnen sind aus der Massenbelastung ausgefallen:

	Monatsdurchschnitt Wirtsch.-Bericht in Mill. in Proz.	Dezember in Mill. in Proz.	weniger (-) mehr (+) in Mill.
Lohnsteuer	123	118	- 5
Umsatzsteuer	125	83	- 42
Beförderungssteuer	29	25	- 4
Zölle u. Verbrauchssteuern	189	179	- 10
Rassenselbststeuer	480	400	- 80
Gesamtaufkommen	600	487	- 113

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß der Ertrag der Lohnsteuer nur um 10 Millionen gegenüber dem Vormonat zurückgegangen ist. Da hier die Eingänge bei der Reichshauptkasse immer erst einen Monat später einfließen, als die Beträge tatsächlich abgezogen worden sind, so stammt der Dezemberertrag tatsächlich aus den Lohnabzügen im Monat November, beruht also auf einem steuerfreien Lohnbetrag von 80 Mill. monatlich. Einen bedeutenden Rückgang weist dagegen die Umsatzsteuer auf. Zum Teil ist das die Folge der Herabsetzung der Um-

in der Abstimmung findet unter Ablehnung der Einzelanträge das bekannte Schadensabgeltungsprogramm des Hauptausschusses Annahme.

Das Haus wendet sich dann der Besprechung der Anträge über

Die Not der Erwerbslosen

und der Befämpfung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu.

Nach hier hat der Hauptausschuß an Stelle von Einzelanträgen ein Programm zur Durchführung von Hilfsmassnahmen entworfen.

In der Debatte hebt Abg. Haege (Soz.) hervor, daß selbst zurzeit der Demobilisierung 1918 die Not der deutschen Arbeiterschaft nicht so groß war wie heute. Bei einer Erwerbslosigkeit von circa 15 Proz. ständen wir gegenwärtig mit an der Spitze Europas und Uebersee. Der Redner wendet sich weiter gegen den starken Druck des Unternehmers auf Lohn- und Arbeitsverhältnis. Der Redner tritt für weitere Erhöhung der Unterstützungssätze und das Fehlen der Bedürftigkeitsklausel ein. Er verweist noch auf die Gefahren, die die Ausschließung der Jugendlichen aus der Erwerbslosenunterstützung in moralischer Beziehung in sich birgt.

Abg. Lindner (Dnat.) hält für die erste und wichtigste Aufgabe, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Als Ursachen für die Erwerbslosigkeit bezeichnet er auch die Reparationslasten, das Dasein von Abkommen und die Ueberschwemmung Deutschlands durch billige Waren aus den inflationistischen Nachbarländern. Man müsse das deutsche Volk von den Ketten frei machen, die es seit Versailles umspannen.

Abg. Rose (D. Sp.) wendet sich dagegen, daß die Not der Erwerbslosen parteipolitisch ausgebeutet werde. Bei der Willigung der Mittel müsse man Rücksicht darauf nehmen, daß wir ein verarmtes Volk sind.

Abg. Gehrmann (Komm.) nennt die Ausführungen des Vorredners eine Provokation der Erwerbslosen. Diese würden sich mit den Arbeitern zusammenschließen, damit die Krise auf proletarische Art gelöst werde.

Abg. Riedel (Dem.) betont, daß eine der Ursachen der Krise der Uebergang von der Inflation zur Deflation sei; schuld sei aber auch die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik. Beharrliche Beschwerde müsse geführt werden über den Abbau bei der Reichsbank.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Wirtsch. Bg.) schließt sich dem anderen Rednern in der Auffassung an, daß alles zu geschehen habe, um die Erwerbslosen vor dem Verhungern zu schützen.

Abg. Sobotta (Komm.) erklärt, nicht ein einziger Minister in Preußen habe es für notwendig befunden, dem Landtag zu sagen, was angeht die schweren Not der Erwerbslosen zu geschehen habe.

Abg. Klost (Z.) weist darauf hin, daß der Finanz- und Wohlfahrtsminister bei der Beratung im Hauptausschuß zugegen waren.

Abg. Kaiser (Völk.) führt alle Not auf den Verzug von Versailles und den Erfüllungsgedank von Locarno zurück.

Abg. Fries-Köln (Soz.) wendet sich lebhaft gegen die Ausführungen des Vorredners, der den Fememördern nahe stehe. Der Redner tritt für ein Erwerbslosenerwerbsprogramm ein.

Das Haus stimmt darauf mit großer Mehrheit dem Abhilfeprogramm des Hauptausschusses zu.

Um 1/8 Uhr vertagt sich der Landtag auf Mittwoch, den 27. Januar, nachmittags 1 Uhr: Erste Beratung des Haushaltsplans für 1926 (Entgegennahme der Etatsrede des Finanzministers).

Umsatzsteuer von 1/2 auf 1 Proz., zum Teil sind daran aber auch schon die umfangreichen Stundungen, die in letzter Zeit von der Finanzverwaltung bei der Umsatzsteuer bewilligt worden sind. Ein Teil dieser Ausfälle wird durch das erhöhte Aufkommen an Zöllen und Verbrauchssteuern wieder ausgeglichen. Ingesamt ist der prozentuale Anteil der Massenbelastung am Gesamtaufkommen aller Steuern nicht nur nicht gesunken, sondern weiter gestiegen, weil die Erträge der Besitzsteuern noch stärker zurückgegangen sind. Der Anteil beträgt jetzt 52 Prozent, macht also mehr als vier Fünftel aller Einnahmen aus.

Der ungarische Sumpf.

Budapest, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Handelsminister hat den Generaldirektor der Postpartasse von seinem Amte suspendiert und eine Untersuchung eingeleitet, weil der Verdacht naheliegt, daß er Kredite in geschwindiger Weise gewährt hat. Es handelt sich um Kredite für die Banknotenfälscher. Der Generaldirektor wurde zunächst beurlaubt und am Freitag einem Verhör unterzogen. Ebenso wurde der Feldbischof Jadravec am Freitag nochmals verhört.

Frau Danilo.

Die Ansprüche der gemeynen Kronprinzessin von Montenegro an den Staat Mecklenburg-Strelitz wegen die Erinnerung an die Geschichte dieser Dame. Einmal hieß sie Prinzessin Jutta und war, nach der Ueberlieferung, ebenso wie ihre etwas ältere Schwester ein hübsches Mädel.

Aber da diese Damen in dem kleinstädtischen Rilkeu ihrer Heimat beschäftigungslos waren, so kamen sie auf absonderliche Gedanken. Sie vertrauten sich mit ihrer Gesellschaftin, der Tochter eines Superintendenten, einem Kammerdiener an, der sie in die Geheimnisse der irdischen Liebe einweihen mußte.

Eines Tages war der Hofstand da, der die kleinstädtische Verheiratung der Prinzessinnen zur Bedingung machte. Die ältere Schwester der Frau Danilo wurde an einen in London lebenden Kaufmann abgegeben, der einen päpstlichen Grafentitel sich gekauft hatte. Für Jutta wurde noch ein wirklicher „Prinz“ gefunden, wenn er auch bloß aus dem Land der Schwarzen Berge stammte. Die Heirat kostete dem alten Großherzog eine schwere Stange Gold und Schwiegerpapa Rilka von Montenegro wußte seinen Vorteil und den seines Sohnes wahrzunehmen. Noch unmittelbar vor der überfüllt angelegten Hochzeit stellte er neue Bedingungen und der mecklenburgische Standesgenosse mußte wohl oder übel weitere zwei Millionen als Mitgift herausdrücken, wenn anders er den Stand nicht noch größer werden lassen wollte. Die Gesellschaftin allein wurde mit Schimpf und Schande in die Wüste getrieben. Die Prinzessinnen aber waren „verheiratet“.

Danilo wird allerdings auch keine reine Freie gehabt haben, denn seine Ehe mit Jutta blieb andertens. Das ist für den monarchischen Gedanken zwar kein Schade, denn Danilo würde ohnehin ja heute von seinem „Thron“ in Cetinje entfernt sein.

Aber daß die damals unter so eigenartigen Umständen und unter überreichlichen Mitgütern aus ihrer Heimat hinaus „verheiratete“ Prinzessin Jutta heute noch an den Staat Mecklenburg-Strelitz Millionenforderungen stellen kann, das ist nicht nur ein politischer Skandal, das ist daneben auch noch ein Treppentritt der Weltgeschichte!

Gewerkschaftsbewegung

Mißbrauch der Erwerbslosennot.

Zu neuen kommunistischen Aktionen.

Am 21. Dezember referierte Remmele in einer Stadtbelegtenversammlung der Berliner SPD. Nach seiner Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Situation kam er zu dem Schluß, daß auf eine Arbeiter- und Bauernregierung hingearbeitet werden müsse.

Als zunächst wichtigste Aufgabe zur Erreichung dieses Zieles wurde von ihm die sofortige strikte Zusammenfassung aller Arbeitslosen bezeichnet. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg habe beschlossen, Vertreter der Arbeitslosen in ihre Körperschaft sowie der einzelnen Stadtbezirke aufzunehmen. Hierdurch soll eine systematische Arbeitslosenbewegung organisiert werden, die in Verbindung mit Demonstrationen langsam zu einer revolutionären Bewegung gesteigert werden soll. Forderungen seien zu stellen in der Frage der Fürstenabfindung, zugunsten der Erwerbslosen, Maßnahmen gegen den Faschismus zu fordern und mit sonstigen Parolen hervorzutreten.

Die geplante Arbeitslosenbewegung soll soweit organisiert werden, daß Aktionen angezettelt und diese wie 1923 geheizt werden können. Die Situation sei jetzt genau so wie im Oktober 1923. Es wurden dem die Richtlinien angenommen, die in Nr. 297 der „R.F.“ vom 24. Dezember 1925 veröffentlicht sind und in denen besonders die Einheitskomitees der Betriebe stark propagiert werden. Die Richtlinien ergeben klar, daß die Aktion in der Hauptsache an die Adresse des ADGB sowie an die SPD. gerichtet ist.

Es ist ohne weiteres klar, daß den Kommunisten wenig daran liegt, den Arbeitslosen wirklich zu helfen, sondern vor allen Dingen daran, ihre Parteiluppe zu tochen.

Bis Mitte Januar soll die Organisation soweit gediehen sein, daß Aktionen angezettelt werden können. . . .

Die SPD. hat ihre neue Aktion mit den Erwerbslosen bereits eingeleitet. Sie vollzieht sich programmäßig. „Delegierte“ aller Orte melden sich bereits seit Tagen bei unserer Reichstagsfraktion sowie beim ADGB. Wieweit sie sich an andere Stellen gewendet haben, ist nicht bekannt. Wir haben nun wohl bald die Steigerung zu erwarten, ohne Rücksicht darauf, daß unsere Fraktion fast ausschließlich im Interesse der großen Masse der Arbeitslosen tätig ist. Die Hauptsache ist die angezeigte „Aktion“.

Die Sozialdemokratie wird nach wie vor ihre proletarische Pflicht ohne Rücksicht auf irgendwelche kommunistische Aktionen tun. Wir möchten daher um so mehr die Arrangeure dieser programmatischen Aktionen vor dem Spiel mit der Not der Erwerbslosen dringend warnen. Es könnte doch noch der Tag kommen, an dem auch der letzte Arbeitslose zu der Erkenntnis kommt, daß mit ihm Schindluder getrieben wird. Unserer Meinung nach ist es ein Verbrechen, hungernde und frierende Arbeiter dazu zu mißbrauchen, um die verfahrenen kommunistische Parteilare wieder stutzumachen. Wir fordern alle Arbeiter auf, die Augen offen zu halten und sich nicht zu der Rolle herzugeben, die ihnen die gegenwärtigen kommunistischen Halbgeister zugebracht haben.

Reichstarifverhandlungen für das Baugewerbe.

Wie vereinbart, sind die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages am 18. und 14. Januar unter Mitwirkung von drei Unparteiischen wieder aufgenommen worden. Der gesamte Fragenkomplex wurde in eingehenden Beratungen durchgesprochen, jedoch war eine Einigung noch nicht möglich. Die Verhandlungen sollen am 11. Februar fortgesetzt werden.

Gegen die Verschleppungspolitik der Reichsbahn.

Das Reichsarbeitsministerium geht nicht darauf ein. Das Reichsarbeitsministerium scheint über das geradezu ungleiche Verschleppungsmandat der Hauptverwaltung der Reichsbahn gegenüber der Verbindlichkeitsklärung des im Lohnkonflikt gefällten Schiedspruches sehr wenig entzückt zu sein; denn es hat am Freitag im Anschluß an den Antrag der Tarifgewerkschaften der Eisenbahner auf Verbindlichkeitsklärung bereits zwei Stunden später die beiden Parteien zu Verhandlungen geladen, die heute Sonnabend, 10 Uhr beginnen werden.

Die Verbindlichkeitsklärung ist eine Selbstverständlichkeit. Die Lohnaufbesserung für die Eisenbahner ist so gering, daß es sich kaum lohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Die Inkraftsetzung des Schiedspruches noch weiter verschleppen zu wollen, ist ein Verbrechen, so grotesk und widerwärtig, daß es nur der Verlehen kann, der von dem Geist der Hauptverwaltung der Reichsbahn gegenüber einem unangenehmen Hauch verpörrt hat. Der Reichsarbeitsminister tut gut daran, mit der Tragikomödie des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn einstmals einmal Schluß zu machen.

Die „Sanierung“ der Wirtschaft bei Goery.

Das Arbeitslosenhier ist noch nicht groß genug. In der Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma C. P. Goery am 12. Januar im Lindenpark, Lichterfelde, wurde der Bericht über die Verhandlungen mit dem Gewerbetreibenden Wauer und der Betriebsleitung gegeben. Die Verhandlung war notwendig, da die Firma dem Beschluß der vorigen Betriebsversammlung und dem Ersuchen des Betriebsrates, die Arbeitszeit auf 4 Stunden pro Tag zu kürzen, nicht stattgegeben hat, sondern auf der Entlassung bestanden blieb.

Alle Gründe, welche vom Betriebsratsvorsitzenden sowohl als auch von den Vertretern des DRB. und Busab angeführt wurden, fanden kein Gegenkommen. Geradezu typisch waren die Ansichten des Gewerbetreibenden Wauer als sog. Unparteiischen. Er führte u. a. aus: Eine Bereinigung der Wirtschaft durch die Krisis sei unbedingt notwendig; man dürfe sich nicht durch Gefühlsmomente zu falschen Maßnahmen verleiten lassen. Verschiedene vorausgegangene Krisen wären durch solche Maßnahmen abgemildert worden, und man habe sich infolgedessen über sie hinweggeduldet. Es könne auch einer einzelnen Firma nicht zugemutet werden, die Auswirkungen der Krise auf sich zu nehmen, da müsse die Allgemeinheit, d. h. der Staat und die Gemeinden, eintreten, was ja auch gelänge durch die Erwerbslosenunterstützung.

Wauer konnte sich aber den Argumenten der Betriebsleiter und der Verbandsvorsteher nicht ganz entziehen und schlug vor, bis zum Ablauf der Sperrfrist, d. h. bis zum 3. Februar, vorläufig arbeiten zu lassen und erst nachher die beantragten Entlassungen durchzuführen. Auch dieser Vorschlag wurde von der Betriebsleitung entschieden abgelehnt.

Der Gewerbetreibende wurde dann gefragt, welchen Zweck denn überhaupt die Verhandlungen über Entlassungen haben, da die Firma ja schon einen Teil derjenigen, welche zur Entlassung kommen sollen, entlassen habe, obwohl die Genehmigung dazu noch gar nicht vorliege. Auf Befragen der Betriebsleitung durch den Gewerbetreibenden wurde diese zugeben, daß die erste Zahl von 450 zur Entlassung gekommenen Kollegen erreicht und auch wohl etwas überschritten sei.

Wie wir nachträglich feststellen konnten, sind 60 Kollegen und Kolleginnen von den 150 zu Entlassenden inzwischen schon entlassen worden. Die Entlassungen wurden daraufhin angehalten, bis die Entschädigung des Oberpräsidenten vorliegt.

In welcher Weise die Entlassungen zum Teil durchgeführt werden, dafür einige Beispiele, wobei noch zu bemerken ist, daß in vorausgegangenen Verhandlungen zugesagt wurde, die Entlassungen nach sozialen Gesichtspunkten vorzunehmen.

Ein Kollege war 33 Jahre bei der Firma, ist verheiratet und hat zwei schulpflichtige Kinder. Ein Kollege war 24½ Jahre bei der Firma, Frau und Kind befinden sich in der Anstalt, eine Tochter ist 17 Jahre alt, lernt Buchbinderin, hat also auch kein nennenswertes Einkommen. Er selber ist schwerhörig, was ihm ein anderweitiges Unterkommen erst recht erschwert. Ein Kollege ist 20 Jahre hier und verheiratet; es sind aber noch mehrere junge unverheiratete Kollegen in der Abteilung. Eine Kollegin ist Witwe mit zwei schulpflichtigen Kindern.

Es mag angegeben werden, daß es nicht in allen Fällen möglich ist, den Wünschen aller gerecht zu werden; jedenfalls kann man aber doch erwarten, daß man für die Not anderer mehr Verständnis aufbringt, als es hier geschieht. Die Firma Goery stand früher in dem nicht unbedeutenden Ruf, eine „soziale“ Firma zu sein. Es bleibt nichts mehr davon übrig. Außerdem geht die Firma sehr systematisch dazu über, in fast allen Abteilungen Reduzierungen der bestehenden Preise vorzunehmen. Die Empörung darüber ist sehr groß, und die Besetzung wird darauf die Antwort im geeigneten Moment nicht schuldig bleiben.

Achtung SPD. Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, den 18. Januar, abends 7½ Uhr in den Majorkäsalen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Funktionärskonferenz

aller SPD. Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.
Vortrag: „Uns Amerikas Arbeiterbewegung“
Referent: Genosse Kurt Heinig — Verschiebenes.
Parteilandsweil teatimiert! Parteilandsweil teatimiert!

Arbeitslosigkeit, Ueberstunden und Sonntagarbeit.

Uns wird geschrieben: Sie brachten in Ihrer Dienstag-Morgenausgabe des „Vorwärts“ einen Bericht über die lange Arbeitszeit im Siemens-Konzern. Wie ich aus Ihrem Bericht ersehe, sind damit wohl die Werte in Siemensstadt gemeint, wo Ueberstunden gemacht werden, die jeder Beschreibung spotten. Es scheint Ihnen aber nicht bekannt zu sein, daß in den Siemenswerken zu Marienfelde, und zwar Abteilung Gela, bis in die Nacht hinein gearbeitet wird. Die gewöhnliche Arbeitszeit beträgt 10¼ Stunden, und zwar von 7.10 bis 6.10 Uhr, Pausen: 10 Minuten Frühstück und 20 Minuten Mittag. Ein großer Teil der Mechaniker fröhlich diese Arbeitszeit noch nicht lang genug und arbeitet des Öfteren bis 8 Uhr abends. Auch in der Badlererei wird des Öfteren bis 8 Uhr abends gearbeitet. Aber auch der Sonntag muß sehr oft herhalten, und es ist keine Seltenheit, daß hauptsächlich in der Badlererei des Sonntags von früh 7¼ Uhr bis 3 Uhr nachmittags gearbeitet wird. Es wäre hohe Zeit, daß die Aufsichtsbehörde sich einmal um diese Betriebe kümmert.

Ammerung der Redaktion: Es wäre allerdings hohe Zeit, daß die Gewerbeaufsichtsbehörde diesem infandolösen Zustand ein Ende bereitet. Nicht minder dringend wäre es, daß die Arbeiter die Leistung von Ueberstunden gegenwärtig verweigern.

Zosowski der Spalter.

Keine Einigung, sondern Kampf gegen den IGB.

In etwas verletzter Stelle hatte die „Rote Fahne“ am 12. Januar einen Bericht über die Moskauer Verhandlungen gebracht, der auch die von uns nach der „Pravda“ wiedergegebene Rede von Tomski, wenn auch etwas zusammengefaßt, enthielt. Um ihr einen Gefallen zu tun, wollen wir hiermit auch die Rede von Zosowski abdrucken, wie sie in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Wir können auf den ausführlicheren Bericht der „Pravda“ verzichten. Auch so enthält die Rede des Sekretärs der sogenannten roten Gewerkschaftsinternationale genug der Eingeständnisse, um auch dem verbittertesten Anhänger der SPD. klar zu machen, wo in Wirklichkeit die Spalter der Gewerkschaftsbewegung sitzen und wer nichts wissen will von der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Hier der Bericht:

„Genosse Zosowski betonte, es kommt nicht darauf an, eine Vereinigung der Amsterdamer Internationale mit der Roten Gewerkschaftsinternationale in europäischem Maßstabe zu erreichen, sondern die in der Nachkriegszeit erwachten Arbeitermassen der kolonialen und halbkolonialen Länder, die Amsterdam nicht angehören oder in bedeutendem Maße in der RGG. organisiert sind, mit der internationalen Arbeiterbewegung zu verbinden. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist nicht eine um vieles breitere Organisation als die national beschränkte amerikanische Arbeiterdelegation. Zosowski weist darauf hin, daß, während sich die Mitgliederzahl der Amsterdamer Internationale genau feststellen läßt, dies hinsichtlich der RGG. nur in bezug auf die unmittelbare der RGG. angeschlossenen Gewerkschaften möglich ist, denn die RGG. hat außerdem über 2 Millionen Mitglieder der Arbeiterbewegung innerhalb Amerikas. Gegenwärtig entfaltet sich ein Kampf zwischen Amsterdam und der RGG.“

um die Eroberung der kolonialen Arbeitermassen, denn die Amsterdamer verstehen, daß die Vereinigung dieser Massen mit der RGG. ihrem vaterländischen Imperialismus sehr schaden würde.

Die Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion bedeuten ein Erfolgen des linken Flügels in der Amsterdamer Gewerkschaften, abgesehen von der Arbeiterbewegung und vom englisch-russischen Einheitskomitee, das einen großen politischen, in der Zukunft auch organisatorischen Schlag für Amsterdam bedeutet. Das sind Beweise dafür, daß die Stärke der reformistischen Führung Amsterdams immer mehr zurückgeht. Die englische bürgerliche Presse meinte mit Recht anlässlich der letzten Sitzung des Amsterdamer Rates, daß Amsterdam von den russischen Gewerkschaften Kapitalisation fordert. Letztere wäre eine Kapitalisation nicht nur der russischen Gewerkschaften, sondern auch der gesamten Sowjetunion vor dem internationalen Reformismus, sie würde die Forderung der russischen Gewerkschaften von den anderen revolutionären Kräften, die Zerstückelung der Einheitsfront innerhalb des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung und die politische Verbindung der russischen Gewerkschaften mit den Institutionen des Völkerbundes bedeuten. Tomski hat unrecht, wenn er erklärte, man könne gegenwärtig noch nicht genau sagen, worauf die russischen Gewerkschaften in den Verhandlungen mit Amsterdam eingehen werden. In den Beziehungen zu den englischen Gewerkschaften sind Zugeständnisse zulässig, aber gegenüber Amsterdam muß die Linie genau festgelegt werden.

Die Verhandlungen mit Amsterdam über den Anschluß nur der russischen Gewerkschaften können und dürfen keinesfalls zum Abschluß führen.

denn dies würde nicht nur die Spaltung der RGG., sondern in mehreren Ländern auch die Schwächung der kommunistischen Parteien bedeuten. Der Anschluß an Amsterdam könnte die Erstarkung der Gegner, der Schwächung und Spaltung der eigenen Reihen gleichbedeutend sein.

Zosowski formuliert die Aufgaben der internationalen Gewerkschaftspolitik folgendermaßen:

1. Das englisch-russische Einheitskomitee allmählich erweitern und immer neue Organisationen zu ihm heranzuziehen.
2. Die RGG. systematisch festigen und die Verbindung mit den angeschlossenen Organisationen enger gestalten.
3. Direkt und durch die RGG. die Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Länder, insbesondere Chinas, Indiens und Indonesiens herstellen.
4. Sich an Amsterdam nicht anschließen, den Kampf um die Schaffung der Einheitsinternationalen durch die Einberufung eines internationalen Einheitskongresses, wo die Organisationen Amsterdams und der RGG. und die keiner Internationale angeschlossenen Organisationen vertreten sein sollen, fortsetzen.“

Eine falsche Meldung.

Bochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einem Teil der Presse des Ruhrgebietes werden Meldungen verbreitet, daß der Deutschnationalen Handlungsgesellschaft mit dem Deutschen Bergarbeiterverband und dem Christlichen Bergarbeiterverband eine paritätische Arbeitsgemeinschaft zu bilden beabsichtigt. Der Deutsche Bergarbeiterverband erklärt dazu, daß diese Meldung völlig falsch ist und daß er an solchen Besprechungen nicht beteiligt sei.

Warum stillgelegt wird.

In Haste ist die Belegschaft der Gussfabrikwerke Wittmann, etwa 800 Arbeiter, entlassen worden, weil sie sich mit dem geforderten erheblichen Lohnabbau nicht einverstanden erklärten.

Der Lohnkampf in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Freiburg, 18. Januar. (W.F.B.) In dem Arbeitsstreik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist infolgedessen eine Wendung eingetreten, als der Reichsarbeitsminister das Verfahren über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 22. Dezember 1925, der bekanntlich eine Herabsetzung der Tariflöhne vorsah, eröffnet hat. Die Parteien werden zu Besprechungen hierüber auf Dienstag, den 19. Januar nach Berlin eingeladen.

Verbandsrat: Die diesmonatlichen Bezirks-Fraktionensammlungen finden in folgenden Bezirken statt: Sonntags abends 8 Uhr: 1. Bezirk bei Kottbusch, Wilhelmshagen, Str. 20; 2. Bezirk bei Rinn, Damsdorf, Str. 11; 3. Bezirk bei Schöne, Rumpfenstr. 47 (wegen zeitlicher Abwesenheit des Vorsitzenden); 4. Bezirk um 8 Uhr pünktlich; 5. Bezirk bei Dina, Kämpferstr. Ecke Wilhelmstraße; 6. Bezirk bei Ruff, Hermannstr. 70; 7. Bezirk bei Reimer, Wilhelmshagen, Str. 21; 8. Bezirk Sonntag vormittags 9½ Uhr bei Kottbusch, Reichenberger Str. 154. Ausführliches Geschäftsvermerk.

Bezirksversammlungen der Zimmerer.

Sonntags, Sonnabend, 7 Uhr, tagen folgende Bezirke in den bekannten Bezirken: 1. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 2. bei Ruff, Barckstr. Str. 17; 3. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 4. bei Ruff, Hermannstr. 20; 5. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 6. bei Ruff, Hermannstr. 20; 7. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 8. bei Ruff, Hermannstr. 20; 9. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 10. bei Ruff, Hermannstr. 20; 11. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 12. bei Ruff, Hermannstr. 20; 13. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 14. bei Ruff, Hermannstr. 20; 15. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 16. bei Ruff, Hermannstr. 20; 17. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 18. bei Ruff, Hermannstr. 20; 19. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 20. bei Ruff, Hermannstr. 20; 21. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 22. bei Ruff, Hermannstr. 20; 23. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 24. bei Ruff, Hermannstr. 20; 25. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 26. bei Ruff, Hermannstr. 20; 27. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 28. bei Ruff, Hermannstr. 20; 29. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 30. bei Ruff, Hermannstr. 20; 31. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 32. bei Ruff, Hermannstr. 20; 33. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 34. bei Ruff, Hermannstr. 20; 35. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 36. bei Ruff, Hermannstr. 20; 37. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 38. bei Ruff, Hermannstr. 20; 39. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 40. bei Ruff, Hermannstr. 20; 41. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 42. bei Ruff, Hermannstr. 20; 43. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 44. bei Ruff, Hermannstr. 20; 45. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 46. bei Ruff, Hermannstr. 20; 47. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 48. bei Ruff, Hermannstr. 20; 49. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 50. bei Ruff, Hermannstr. 20; 51. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 52. bei Ruff, Hermannstr. 20; 53. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 54. bei Ruff, Hermannstr. 20; 55. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 56. bei Ruff, Hermannstr. 20; 57. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 58. bei Ruff, Hermannstr. 20; 59. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 60. bei Ruff, Hermannstr. 20; 61. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 62. bei Ruff, Hermannstr. 20; 63. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 64. bei Ruff, Hermannstr. 20; 65. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 66. bei Ruff, Hermannstr. 20; 67. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 68. bei Ruff, Hermannstr. 20; 69. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 70. bei Ruff, Hermannstr. 20; 71. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 72. bei Ruff, Hermannstr. 20; 73. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 74. bei Ruff, Hermannstr. 20; 75. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 76. bei Ruff, Hermannstr. 20; 77. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 78. bei Ruff, Hermannstr. 20; 79. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 80. bei Ruff, Hermannstr. 20; 81. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 82. bei Ruff, Hermannstr. 20; 83. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 84. bei Ruff, Hermannstr. 20; 85. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 86. bei Ruff, Hermannstr. 20; 87. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 88. bei Ruff, Hermannstr. 20; 89. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 90. bei Ruff, Hermannstr. 20; 91. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 92. bei Ruff, Hermannstr. 20; 93. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 94. bei Ruff, Hermannstr. 20; 95. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 96. bei Ruff, Hermannstr. 20; 97. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 98. bei Ruff, Hermannstr. 20; 99. bei Kottbusch, Hermannstr. 20; 100. bei Ruff, Hermannstr. 20.

Keine Einigung, sondern Kampf gegen den IGB.

Das Erscheinen aller Sonntage ist unbedingt Pflicht. Zentralverband der Zimmerer, Schillerstr. Berlin und Umgebung.

Verantwortlich für Text: Graf Westert; Wirtschaft: Ernst Gaitanus; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Götter; Redaktion: Dr. John Schiller; Sozial und Sanität: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Götter; sämtlich in Berlin. Berlin: Formis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 6, Unter den Eichen 1, 1. Stock, 2. Etage.

Er und Du



50 Jahre scheinen ihm nur wie 25, weil „Er“ sie in Gesundheit verbrachte. Deine erste Pflicht Dir und Deiner Familie gegenüber ist die Erhaltung Deiner Gesundheit. „Dr. Schröder-Aufbausalz“, enthaltend die 12 lebensnotwendigen Mineralien, hilft sie dir erhalten.

Täglich 2x1 Dr. Schröder's = 1 ganzes Leben Jugend

Wissenschaft und Nährsalzfrage!

1.) Sanitätsrat Dr. Eisinger schreibt: „Ich kann nur wünschen, daß der Nährsalzfrage die ihr gebührende Beachtung immer mehr geschenkt wird und daß die Grundlätze der naturgemäßen Lebens- und Heilmittel immer tiefer in alle Kreise unseres Volkes eindringen. Nur so kann der drohenden Degeneration wirksam entgegengetreten und die so notwendige gesundheitliche Regeneration angestrebt werden.“

Dr. Schröder's-Aufbausalz

(Zwölfersalz)

Groß-Ruß Markt 2.50, Klein-Ruß Markt 1.—

In Apotheken und Drogerien zu haben, sonst durch

„Vita“-Vertriebs- u. Handlungsges. m. b. H., Berlin SW 48

Beznistr. 74, 1. Stock, Ecke Charlottenstraße, Telefon: Dönhof 140

Arierienverkalkung! Mit bestem Erfolg nehmen Sie **Apotheker Schuh's Cordol**. Wirkt herzstärkend, appetitanregend und blutreinigend. Zu einer Kur sind 6-8 Flaschen erforderlich. Wenden Sie Apotheker Schuh's Präparate in den Apotheeken, wo nicht zu haben, Feisen Generaldepot C. Schminner, Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2, Tel. Platzburg 4274 u. 3296, Bezugsquelle nach Herstell.: Apoth. Schuh, Köln, Wesselstr. 52. Man verlange den Ratgeber für Kranke.

Aus der Arbeit städtischer Ausschüsse.

Verkehrs- und Finanzfragen. — Die Wahl eines Stadtbaurats.

Im Rathaus herrscht zurzeit Hochbetrieb. Jeden Tag treten eine Reihe städtischer Ausschüsse zusammen, um wichtige Magistratsvorlagen zu beraten. Alle diese Arbeiten hängen mit den Versuchen der Stadterwaltung zusammen, durch Arbeitsbeschaffung die gewaltige Hochflut der Erwerbslosigkeit wenigstens etwas einzudämmen.

Am Donnerstag hat der Oberbürgermeister Böß bereits angekündigt, daß am Montagvormittag die Deputation zusammenzutreten soll, die sich über die Mittelbeschaffung für den

Bau der UEG-Bahn

schlüssig werden soll. Diese Bahn ist in ihrer Einlenkung wie in der Finanzierung im einzelnen noch sehr umstritten. Für beide Seiten des Problems werden verschiedene Lösungen vorgeschlagen. Mit dem Magistrat ist sich die Linke geschlossen darüber einig, daß die Bahn unter allen Umständen gebaut werden muß, selbst dann, wenn der Bahnbau nur stückweise vor sich gehen könnte. Die bürgerliche Rechte will aber dem Bahnbau nur zustimmen, wenn die Finanzierung des ganzen Projektes mindestens vom Hermannsplatz bis zum Gesundbrunnen bereits heute endgültig zu übersehen ist. Die Kosten dafür werden in der Denkschrift des Stadtbaurats Bahn, die auf den bereits im Frühjahr vergangenen Jahres vorgenommenen Berechnungen und auf den Erfahrungen beim Bau der Nord-Süd-Bahn beruhen, auf etwa 45 Millionen Mark veranschlagt. Die Summe hält sich in dieser Grenze, weil bereits etwa 25 Millionen in der Erde verbaut sind. Darunter namentlich die Untertunnelung der Spree und der Tunnel in der Brunnenstraße. Die Reinigungsverschiedenheiten nach der technischen Seite beziehen sich namentlich auf den Ausbau des zwischen der Brückenstraße und der Münzstraße gelegenen zentralen Stückes der Bahn, wo der Uebergang zum Stadtbahnhof Alexanderplatz und zur Stammstrecke der U-Bahn geschaffen werden muß. Trotzdem wird hoffentlich diesmal in der eingeleiteten Deputation mit Beschleunigung gearbeitet, damit im Februar der Bahnbau aufgenommen werden kann. — Gleichzeitig beschäftigt sich ein vom Haushaltsausschuß eingesetzter Unterausschuß mit dem Problem der in Berlin zu schaffenden

Straßendurchbrüche

die notwendig sind, um dem einzigen Berliner Ost-Westzug (Königsstraße, Gedrudenstraße, Spittelmarkt, Leipziger Straße, Potsdamer Platz, Potsdamer Straße) zwei Entlastungsstraßenzüge im Süden und Norden zur Seite zu stellen. Vom Magistrat sind der Stadtverordnetenversammlung zwei Vorlagen unterbreitet, die mit der Durchführung des südlichen Entlastungsstranges zusammenhängen. Es handelt sich dabei um den Ankauf eines Teiles des Geländes beim Prinz-Albrecht-Palais in der Anhalterstraße, weil die Anhalterstraße abgebrochen werden soll, und ferner um eine größere Vorlage, die eine Untertunnelung der Potsdamer Bahn im Zuge der Schöneberger Straße vorsieht. Der Unterausschuß hat sich bei seiner ersten Beratung auf einen sozialdemokratischen Vorschlag hin darauf geeinigt, daß der Magistrat ersucht werden soll, sofort den Nachforschungen für die nördliche Umgehungsstraße vorzulegen. Dieser Straßenzug ist gedacht in Form eines Durchbruchs der Französischen Straße durch den Garten des Auswärtigen Amtes auf die Tiergartenstraße zu. In diesen Straßenzug sollen dann auch Stroßenbahnen gelegt werden. Alle beteiligten Kreise sind der Meinung, daß dieser Durchbruch für die Berliner Verkehrs-entwicklung ein Erfordernis ersten Ranges ist und daß keine andere Lösung ihm gleichwertig gegenübergestellt werden kann. Vorläufig wagt er sich aber noch das Auswärtige Amt, den betreffenden Geländestreifen herzugeben, während der Reichspräsident von Hindenburg bereits erklärt haben soll, daß er die Notwendigkeit dieses Verkehrsstranges durchaus einsehe und die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse selbstverständlich allen anderen Fragen vorauszusetzen müsse. Außerdem will der Unterausschuß die Einsetzung einer größeren Summe für mehrere Jahre in den Haushaltsplan beantragen, damit diese bei der stürmischen Entwicklung des

Verkehrs unbedingt notwendigen Projekte durchgeführt werden können. — Im Zusammenhang mit diesen Beratungen liegt ein Antrag der Demokraten auf Einsetzung einer besonderen Deputation vor, die über die

Entwicklung der Berliner Innenstadt (City)

beraten soll. Die sozialdemokratischen Stadterordneten sehen in diesem Antrag den besten Beweis dafür, daß die Anarchie und Desorganisation in der städtischen zentralen Verwaltung auf die Dauer unerträglich wird und daß dem Gegeneinanderarbeiten der beteiligten Ressorts (Verkehr, Tiefbau, Hochbau, Städtebau und Grundstücksverwaltung) durch Schaffung einer einheitlichen Leitung endlich ein Ende gemacht werden muß. Nur durch das Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeiten dieser Ressorts konnte es überhaupt dazu kommen, daß alle diese wichtigen Arbeiten so lange liegen blieben. Die Wahl eines neuen Stadtbaurats bietet die beste Gelegenheit, im Sinne der sozialdemokratischen Anregung, die nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von sachverständigen bürgerlichen Kommunalpolitikern unterstützt wird, der Desorganisation der Verwaltung ein Ende zu machen. Nur dadurch wird für einen städtebaulichen Aufschwung Berlins freie Bahn geschaffen werden. Der Wahlauschuß für die Wahl eines Stadtbaurats ist zum 25. Januar zu einer neuen Sitzung einberufen, in der Sachverständige und Interessenten gehört werden sollen. Schon darin kommt zum Ausdruck, daß Berlin hier vor einer der wichtigsten kommunalpolitischen Entscheidungen steht. — Inzwischen hat ein städtischer Ausschuß endlich die Magistratsvorlage über Erhebung von

Vorausleistungen zur Stroßenunterhaltung von den Inhabern der großen Automobile

mit großer Majorität verabschiedet. Diese Vorlage sieht vor, daß etwa fünf Millionen Mark nach einem bestimmten Berechnungsverfahren von den Kraftfahrzeugen, den Automobilen und größeren Kraftwagen aufgebracht werden sollen. Die Taximeter sollen nur zur Hälfte herangezogen werden. Bei der Bepreisung dieser Vorlage wurde wieder die unannehme steuerliche Benachteiligung Berlins festgestellt. Von der Reichssteuer auf Kraftfahrzeuge, die insgesamt etwa 50 Millionen Mark einbringt, werden in Berlin nur 12,5 Millionen Mark erhoben, davon erhält bei der schlüsselmäßigen Verteilung Berlin ganze 124 000 Mark zurück. Also noch nicht 1 Proz. des in Berlin aufgebrachteten Steuerertrages. Wenn man bedenkt, in welchem unheimlichem Maße die Erhaltung unserer Straßen durch die rapide Zunahme infolge des steigenden Autoverkehrs verteuert wird, dann ist dieser Zustand einer steuerlichen Ausnahmeregierung gegenüber Berlin, wie wir ihn augenblicklich haben, auf die Dauer vollkommen unhalbar. Die Industrie- und Handelskammer, die — mit Recht oder Unrecht — über zu hohe Steuerbelastung in Berlin klagen, sollten einmal diesen Umständen ihre Aufmerksamkeit schenken.

In den Bezirken vollzieht sich inzwischen die Beratung der „Bedarfsnachweisungen“ in beschleunigtem Tempo. In allen städtischen Kreisen herrscht der lebhafteste Wunsch, allmählich zu einer pünktlichen Verabschiedung des Haushaltsplanes — möglichst noch vor Beginn des Etatsjahres — zu gelangen. Sedenfalls hofft man diesmal, noch im April den diesjährigen Haushaltsplan verabschiedet zu können.

Schiffenkurus für Frauen. Der Stadtverband Berliner Frauenvereine veranstaltet einen Kursus zur Einführung der Frauen in das Amt der Schöffen und Geschworenen unter Leitung von Landgerichtsdirektor Rippner. Die Vorträge finden am Mittwoch, den 20. Januar, 27. Januar und 3. Februar, jeweils von 8 bis 10 Uhr abends im Saal 36 des Zentraljugendamtes, Poststraße 16, Berlin, statt. Die Hörergebühr beträgt für die drei Doppelsunden zusammen 3 Mark und ist gleichzeitig mit der Meldung einzulösen an Stadtverband Berliner Frauenvereine, Frau Erna Magnus, Berlin W. 30, Speyerer Straße 2, Postfach 1010 Berlin Rr. 77 564.

Der Raubmord bei Müncheberg aufgeklärt.

Zwei polnische Schnitter als Mörder überführt.

Auf der Chaussee zwischen Müncheberg und Jahnsfelde wurde, wie erinnerlich sein dürfte, am Sonntag, den 15. November 1925 der 24 Jahre alte Arbeiter Hans Arendt aus Jahnsfelde ermordet und beraubt. Die Verbrecher erschossen den jungen Mann, der von Müncheberg her nach Hause geradelt kam, im Chausseegraben, schleppten die Leiche über die Chaussee hinweg auf das freie Feld und beraubten sie hier der Uhr, der Schnürschuhe und der Strümpfe.

Die Kriminalpolizei kam auf Grund besonderer Feststellungen zu der Ueberzeugung, daß die Mörder unter den polnischen Banden zu suchen seien, die schon seit längerer Zeit in den verschiedenen Kreisen die schwersten Verbrechen begingen. Der Verdacht fiel auf zwei Schnitter, die sich unter falschem Namen auf dem Gute Dalgolin aufgehalten hatten. Die Spur erwies sich als richtig. Kriminalkommissar Treitin hat sich nach Stargard in Pommern begeben, wo mehrere polnische Räuber in das Gefängnis eingeliefert worden waren. Dort gelang es ihm, einen 21 Jahre alten Boreslas Stoczka und einen ebenso alten Josef Stoczka als Täterhaft zu überführen. Mit einem dritten Polen, namens Spiek, überfielen sie am 9. Oktober auf der Chaussee bei Friedersdorf den Gutsbureaubeamten Werner Rofer, der 500 Mark Lohngehälter nach dem Vorwerk bringen sollte. Sie ließen ihm das Leben, weil er, der Uebermacht weichen, das Geld ohne Widerstand herausgab. Spiek trennte sich dann von ihnen und seitdem hausten sie in den Wäldungen zwischen Müncheberg und Seelow, in denen sie sich ein Räuberlager einrichteten. Von hier aus unternahm sie nun weitere Raubzüge und Ueberfälle. Aus Verstecken beobachteten sie die Chausseure, bei denen sie Geld vermuteten, zu überfallen und auszuplündern. An jenem Sonntag lagen sie an der Chaussee zwischen Jahnsfelde und Müncheberg auf der Lauer. Als Arendt auf seinem Rad von Müncheberg her kam, traten ihm die Strolche entgegen. Arendt bot sie, ihn weiterfahren zu lassen, weil er selbst nichts besaß. Als Stoczka darauf einen Augenblick zauderte, rief ihm Stoczka zu: „Schieße ihn nieder!“ Da brühte der andere ab und Arendt brach tödlich getroffen zusammen. Beide schleppten die Leiche zum Chausseegraben nach dem Felde, fanden aber bei ihr nichts als eine silberne Uhr und Kette. Mantel und Fahrrad ließen sie bei der Leiche liegen. Nur die Strümpfe und die Stiefel raubten sie. Uhr und Kette veräuerten die Verbrecher einen Schnitter auf dem Gut Rante für 5 Mark. Nach diesem Verbrechen kehrten Stoczka und Stoczka zu der Hauptbande zurück, die sich im Brüllwitzer Forst einen Unterschlupf geschaffen hatte. Es scheint sich als notwendig zu erweisen, daß gegen dieses polnische Stroßenräuberwesen mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Das Urteil im Mordprozess Jacobi.

Nach fast vierstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Loh, daß das Schwurgericht I den Angeklagten Kurt Danielowski wegen Totschlages zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt, dagegen die Angeklagte Maria Böhm freigesprochen hat. In der Begründung wurde dargelegt, daß mit diesem Urteil eines der schwersten Verbrechen, dessen Aufklärung nur der restlosen Tätigkeit der Berliner Kriminalpolizei zu verdanken ist, nach acht Jahren seine gerichtliche Sühne erhalten hat. Der Angeklagte hatte sich mit den beiden Frauen verlobt, zu scheitern. Er hat Frau Jacobi mit vollem Vorhange geübt. Ob er dabei auch mit Ueberlegung gehandelt hat, war das Gericht nicht in der Lage, festzustellen. Ein Raub konnte nicht in Frage, da Danielowski nach Annahme des Gerichts sich die Wertgegenstände erst nach der Tötung angeeignet habe. Deshalb konnte auch die Mitangeklagte Böhm nicht wegen Beihilfe zum Raube verurteilt werden. Es konnte Anklage zum Diebstahl, Unterschlagung oder Hehlerei bei ihr in Frage kommen, aber all diese Straftaten sind verjährt, daher mußte sie freigesprochen und der Haftbefehl gegen sie aufgehoben werden. Bei Danielowski lag kein Milderungsgrund vor. Er ist ein durch und durch verderbter Mensch, der vor keiner Straftat zurückzuckt.

Stadtwahl im Bezirk Weihensee. In der am Mittwoch, den 13. Januar, stattgefundenen Bezirksversammlung in Weihensee wurde Genosse Stadtverordneter Wilhelm Reimann mit dem Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zum befohlenen Stadtrat und stellvertretenden Bürgermeister für Weihensee gewählt.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Die Bumke war auf einen Kasten zugeschnitten: da lag ihr Häfchen. Sie hielt dem einstmaligen Liebsten die Hand hin: „Tag! Wie geht es dir denn?“

Der „ackerte August“ war noch immer von Körper stark, aber sein Geist war es nicht mehr. Der war entflohen. Er ließ sie seine schlaff herunterhängende Hand in die ihre nehmen, doch er kannte sie nicht. Er sah nicht, wer da stand, und daß überhaupt jemand da stand. Seine Augen ohne Ziel, aber seltsam glühend, starrten ins Weite.

Die Bumke stotterte erschrocken: „Es ist ja noch schlimmer geworden mit ihm!“

Ein Wärter trat heran: „Stiepphuhn, Besuch!“ Er rüttelte den Kranken: „Ihre Braut ist Sie besuchen gekommen, sagen Sie ihr doch guten Tag — heh!“

„Gold, alles Gold,“ schwante der Irre. Und dann drehte er die glühenden Augen dem Mädchen zu: „Ich habe hunderttausend Billionen Gold. Hol ich alles von Indien. Alles Gold, aus der ganzen Welt. Ich lasse das ganze Berlin runterreißen, bau es neu auf — aus Gold. Ja, ich, ich!“ Er schlug sich auf die nackte Brust, daß es klatschte. „Ja, ich bin stark, mir kann keiner. Ruch dich, sag ich — siehste wohl, tuhst!“ Er zeigte in einem Grinsen seine schwarzlichen Zahnstummeln. „Ich bin der Herr von's Banse — ich, ich mache alles — Gold, Gold!“ Er sah plötzlich an sich herunter, riß sich das Hemd vollends auf bis zum Bauch, ein Grinsen höchster Genugtuung verzerrte sein Gesicht mit der breiten Nase und den wulstigen Lippen, mit den Baden, deren Fleisch in schlappen Falten herabhing, zu einer scheußlichen Grimasse: „Ich bin auch aus Gold!“

„Ach, Häfchen, Häfchen,“ jammerte die Bumke, „red doch nicht so 'n Unsinn, erkenn mich doch!“

Der Kranke wurde unruhig, er schlenkerte die Arme in die Luft, sein Schwagen wurde noch hastiger, noch unverständlicher, er speichelte dabei wie ein zahnlloses Kind.

„Sie dürfen ihn nicht so aufregen, Fräulein,“ mahnte der Wärter. „Beben Sie sich gar keine Mühe, er kennt Sie doch zu mal nicht. Erst gestern hatte er seine Tour. Wir mußten ihn in die Zelle bringen. Da hat er was zusammengebrüllt. Man konnte es durch die doppelten Türen hören. Und mit 'n Kopf hat er gegen die Wände gekracht. Ich dachte, als ich mal durchs Guckloch sah, er würde sich den Schädel einrennen.“

Die Bumke meinte: „O Gott, o Gott! Er ist wohl hier am schlimmsten dran?“

Ueber des Wärters ernstes Gesicht flog ein etwas geringschätziges Lächeln: was hatten die Laien doch für eine Ahnung. Wenn die wühlte! Hier im Saal waren alle gleich schlimm, alle hatten sie schwere Paralyse, alle zwölf Stück im Wollsaal Drei. Die meisten hatten den Größenwahn. Der Viefeter war der Kaiser, der Jakubret neben ihm hatte die Kronprinzessin von Sachsen zur Braut. Der dritte dort in der Reihe, der glaubte, er wäre der liebe Gott. Er hatte alle Tage mächtig zu tun, er schaffte die Welt jetzt neu. Und der da, dahinten in der Ecke, der war vielleicht am aller schlimmsten daran, der arme Teufel! Die Augen des Wärters glitten scharf aufmerksam zu der Ecke hin, wo die kleine schwarze Tafel, die hinter jeder Lagerstätte Namen und Alter des Patienten angab, den Namen Berndorff trug. Er lag ganz bewegungslos, anscheinend apathisch.

Evas Augen folgten denen des Wärters: Der neununddreißig war ja noch gar nicht alt, und er hatte noch nicht angegrauttes Haar, wie die meisten hier!

Braunes Haar klebte dem Mann an den eingefunkenen Schläfen. Er war nicht häßlich, lange nicht so widerwärtig anzusehen wie die anderen. Deren Gesichter waren meist ger-ein, er aber hatte ein feineres Gesicht. Eigentlich ein schönes Gesicht, wenn das auch nun zerstört war.

Eva hatte sich bis jetzt nicht zu rühren gewagt, sie vor wie gelähmt gewesen vom Schrecken. Hätte sie gemußt, was das hier war und wie das hier war, nein, nie, nie wäre sie mit hergegangen! Alles, was sie an Kranken, an Leiden gesehen hatte in der Charité, war nichts gegen dieses hier. Dies hier würde sie niemals vergessen können, es würde ihr noch einfallen in ihrer letzten Stunde! Es zuckte ihr in den Fingern, sie wäre gern fortgelaufen, aber sie konnte nicht. Als wäre sie festgebannet, so stand sie, sie mußte sehen, gerade immer dahin sehen, zu dem da mit dem feinen Gesicht in der Ecke. Es zwang sie förmlich dazu. Sie empfand mit Schauern die ganze Furchtbarkeit solchen Lebens, das kein Leben mehr war. Ach, der arme Mann! Er tat ihr am allermeisten leid. An all den anderen Kästen standen Besucher — sie standen freilich da, wie man an Gräbern steht — aber zu dem da war niemand gekommen! Unwillkürlich machte sie ein paar Schritte zu ihm hin, ihr Mitleid war größer als ihre Furcht.

Ah, jetzt rührte er sich! In seinem Gesicht begann es zu zucken — ein zitterndes Sichbewegen aller Muskeln, aller

Nerven — das flog durch den ganzen Körper; ein Stöhnen entrang sich den schmalen Lippen unter dunklem Bartstamm — jetzt, jetzt schlug er die Augen auf, die er bis dahin geschlossen gehalten hatte! Jählings fuhr der Kranke auf, stützte sich auf den einen zuckenden Arm.

Der Wärter trat näher zu ihm heran. Er war aufmerksam geworden, er winkte noch einen zweiten heran. Mit Berndorff wurde es immer schlimmer, sobald Unruhe im Saal war. Diese verdammten Besuchstage, da hatte man nachher seine Not. Der Berndorff konnte sie gar nicht vertragen. Hol

Mit einem Satz war der Wärter jetzt bei dem Kranken. Dieser hatte plötzlich einen lauten Schrei ausgestoßen, seine Augen, große Augen von einem helleinblauen Braun, Augen mit seltsam flackernden Lichtern, flammten jetzt auf — sie hatten das Mädchen getroffen.

Eva zitterte, ihr Herz setzte den Schlag aus: wollte sie der auf sie stürzen, sie etwa packen?! Aber sie konnte nicht weggehen, und auch nicht zurückweichen, sie stand wie erstarrt. Blick bohrte sich in Blick.

Jetzt auf einmal wieder ein Schrei, aber noch lauter. Und dann Töne, Töne von milder Furchtbarkeit. Der innig glückliche hatte sich aufgebäumt in wildem Gelächter — es klang wie Bellen, wie Heulen, wie Winseln — er versuchte aus dem Kasten herauszuspringen, die Hände streckte er aus — Finger getrümt wie Krallen — Geifer der Bier quoll ihm über die Lippen. Sie hielten ihn fest. Sie überwältigten ihn.

Eva war ein paar Tage krank gewesen nach dem Sonntagbesuch in der Anstalt. Der war für ihre Nerven zu viel. Mit einem Entsetzensschrei war sie gestürzt. Die Bumke hatte sie auf einer Bank draußen im Park sich erholen lassen wollen, aber sie begehrt: nur fort. Sie zitterte am ganzen Leib, ihre Knie schlotterten, vor ihrem Blicken verschwamm es, aber sie rannte blindlings dem Ausgangstor zu. In der Nacht packte sie ein Fieber, es schüttelte sie; Bene hielt sie im Arm und streichelte sie, aber das nützte nichts. Erst gegen morgen fanden beide ein wenig Ruhe. Aber die Bumke wurde bald wieder aufgeweckt. Eva schrie so durchdringend jämmerlich im Schlaf, daß sie sich entsetzte.

Aber nun war die Kleine längst wieder gesund. Bene Bumke sah es mit Freude, daß Evas Wangen sich rundeten. „Reine Nichte wird 'n hübsches Mädchen, nicht wahr?“ fragte sie eine Nachbarin.

Die bejahte eifrig: wahrhaftig, die war wie so 'n kleiner Schmetterling, der aus einer ganz häßlichen Puppe krieb.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Prozeß Holzmann-Bartels.

Ein geheimnisvolles Schreiben Holzmanns.

Wie bereits gestern gemeldet, war Holzmann zur Gerichtsverhandlung nicht erschienen. Das Gericht beschloß, das Verfahren gegen Holzmann abzutrennen und in die Verhandlung gegen die beiden anwesenden Angeklagten einzutreten. Somit wird Holzmann sich in einer selbständigen Hauptverhandlung zu verantworten haben.

Regierungsrat Bartels ist angeklagt, in seiner Eigenschaft als Leiter des Fremdenamtes am Berliner Polizeipräsidium, bezogen durch Geldgeschenke, Holzmann und dessen Angehörige rechtswidrig mit Personalausweisen versehen zu haben und auch ihm zuliebe von dem Ausweisungsrecht, das dem Fremdenamt zusteht, Gebrauch gemacht zu haben. Auch gegenüber anderen Personen soll das letztere der Fall gewesen sein. Rothe soll sich ebenfalls der passiven Bestechung schuldig gemacht haben. Regierungsrat Bartels, ein etwa 45jähriger Mann, hat eine lange Beamtenlaufbahn hinter sich. Im Jahre 1923 wurde er Leiter des Fremdenamtes am Berliner Polizeipräsidium. Er behauptet, bei der Übernahme dieser Stelle ein Chaos vorgefunden zu haben. Das Fremdenamt sei bei den Ausländern allgemein angefeindet gewesen. Er habe jedoch den Standpunkt vertreten, daß im Interesse der Deutschen im Auslande man auch den Ausländern gegenüber in Deutschland so zuwärtigend als möglich sein müsse. Er habe sich aber stets bei seinen Entscheidungen von allgemeinen menschlichen Gründen leiten lassen. Die Bekanntschaft mit Holzmann sei ihm von einem einwandfreien, im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten vermittelt worden, so daß er keinen Grund gehabt hätte, an seinen moralischen Qualitäten zu zweifeln. Holzmanns umfassende Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse des nahen Ostens gaben die gemeinsamen Berührungspunkte ab. Niemals habe Holzmann ihm von persönlichen Gefälligkeiten gebeten, sondern sei stets den ordnungsmäßig vorgeschriebenen Weg gegangen, und wie Holzmann, so haben auch seine Eltern die Namensausweise zu Recht erhalten. Mit aller Entschiedenheit bestritt Bartels, die Ausweisung des finnischen Rechtsanwalts Gilling aus persönlichen Motiven verfügt zu haben. Er habe auch keine Anleihe an der „Elite G. m. b. H.“ gehabt, um deren Willen er mit dem genannten Rechtsanwalt in Differenzen geraten sein sollte. Gilling sei ein internationaler Hochstapler gewesen, über den zahlreiche Beschwerden deutscher Kaufleute beim Fremdenamt eingelaufen seien. Die Vernehmung von Bartels und Rothe soll heute zu Ende geführt werden.

Holzmann ist wirklich ins Ausland geflüchtet. Er hat an eine Reihe Redaktionen Berliner Zeitungen, darunter auch an den „Vorwärts“ ein Schreiben gerichtet, das eine Abschrift seiner Eingabe an den Landgerichtsdirektor Dr. Erich Schulze darstellt. Das Schreiben ist vom 13. Januar d. J. datiert und ist am 15. Januar um 1 Uhr 10 Minuten nachmittags auf dem Postamt Berlin NW 7 als Rohrpostbrief aufgegeben worden. In diesem Briefe gibt Holzmann zwei Gründe für sein Nichterscheinen an Gerichtsstelle an. Einmal soll es die Befürchtung für seine Gesundheit und sein Leben sein. Das Gericht habe trotz seiner Verhandlungsunfähigkeit den Gerichtstermin nicht verschoben wollen. Zweitens war es die Befürchtung, ohne Verteidiger in der Verhandlung erscheinen zu müssen. Die Rechtsanwältin Wsberg und Besche hätten angeblich erklärt, daß sie nicht erscheinen würden, wenn ihr Honorar nicht vor dem Termin, d. h. am 14. Januar d. J., entrichtet würde. Holzmann verspricht dem Vorsitzenden, sofort nach Abschluß seiner Unterredungen mit einem ausländischen Anwalt Namen und Adresse desselben mitteilen zu wollen. Demgegenüber erklären die genannten Rechtsanwältin, daß sie derartige Bedingungen nicht gestellt hätten. Rechtsanwältin Besche ist in der Tat im Termin zugegen gewesen. Das Schreiben ist zu gleicher Zeit dem Vorsitzenden zugestellt worden und hat eine gewisse Sensation verursacht.

Großfeuer bei Falkenberg.

Ein Unbekannter in einer Scheune verbrannt.

In einer großen Scheune, die zur Futterverwertung Falkenberg gehört und auf freiem Felde steht, brach gestern nachmittags ein Feuer aus, das sich schnell auf das ganze Gebäude verteilte. Auf den Feueralarm eilten aus allen umliegenden Ortschaften die Feuerwehren herbei. Auch ein Berliner Löschzug erschien bald an der Brandstelle. Das Feuer hatte aber bereits eine derartige Ausdehnung angenommen, daß alle Löschergebnisse ausichtslos erschienen. Den Flammen sind gewaltige Kornvorräte, etwa 5000 Mandeln Weizen und circa 3000 Mandeln Roggen zum Opfer gefallen. Nach dem Eintreffen der ersten Wehren und nach kurzen Löschergebnissen wurde eine verkokte Leiche aus den Flammen geborgen. Ein Zeuge hat beobachtet, daß kurz vorher, ehe die ersten Flammen aus der Scheune emporstiegen, ein Mann die Scheune betreten hatte. Der Zeuge eilte dann fort, um die Feuerwehre zu alarmieren. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Handwerksburschen, der in den Flammen den Tod gefunden hat. Es besteht die Vermutung, daß vielleicht noch weitere Personen in der Scheune gewesenen haben. Eine genaue Nachprüfung dieser Vermutung ist aber erst möglich, wenn das Feuer ganz abgeblüht ist.

Das Tauwetter.

In den gestrigen Nachmittagsstunden ist die angekündigte Bombardierung der pessimistischen Wetterpropheten zum Blasen gekommen. Leicht schneefall, mit Regen untermischt, gab der Stadt für kurze Zeit ein wenig auch nur tageswintliches Gepräge. Die Temperatur sank auf Null Grad bis ein Grad Kälte und schwankte zwischen ausgeprochenem Tauwetter und leichter Frostkälte. So wird es nach Ansicht der zuständigen Stellen vorerst auch noch bleiben. Mit erheblichen Wärmegraden ist nicht zu rechnen. Meist leichtere Niederschläge (Schnee und Regen) sind zu erwarten. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß verstärkte Erwärmung in den nächsten Tagen eintritt. Für die Gebirge steht kein Tauwetter bevor; die Höhen halten sich mit einigen Frostgraden auf winterlichem Niveau. Dies weitestliche Wippen zwischen Frost und Matsch verstärkt natürlich die Gletscherfrage ganz außerordentlich. Dringend notwendig scheint es, für die rechtzeitige Befreiung der schnell verfallenden Bärgerkeige Sorge zu tragen. Im allgemeinen geht es das erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, d. h. ein paar Eilemdosen gebrochen sind. Ungetriebene Freude über das veränderte Wetter mag wohl allein die Berliner Straßenbahn empfinden. Wieder einmal ist sie der größten Gefahr, ihre Gänge lebensfähig zu heben, zu müssen, glücklich entkommen. Enttäuschten glaubten schon, die Straßenbahn beabsichtigt für die ersten Kalttage ihre Heizung in Gang zu bringen. Für den Winter ist ihr schließlich der Brennstoffverbrauch zu erheblich gemessen.

Mehr Entgegenkommen bei der Preiserhebung!

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin verbreitet folgende Mitteilung, die nicht nur für die Geschäftsleute, die es angeht, von Belang ist, sondern auch für die Konsumenten, in deren Interesse die in Frage stehende Preisbeobachtung und Preisunterstützung erfolgt.

Die bekannt, werden auf Veranlassung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin für die Zwecke der Preisbeobachtung und der Preisunterstützung in allen Berliner Stadtteilen die Kleinverkaufspreise der wichtigsten Lebensmittel in einer Anzahl von Geschäften erhoben. Die Erhebungsbeamten nun führen neuerdings Klage darüber, daß ein Teil der Geschäftsinhaber — nicht alle — es hierbei an dem nötigen Entgegenkommen fehlen lassen. So wird u. a. vielfach das bei Brot, Fertigen usw. erforderliche Abwiegen verweigert. Dadurch wird die Arbeit der Erhebungsbeamten, die im Laufe eines Tages viele Hunderte von Preisen feststellen müssen, außerordentlich erschwert und vor allem die Genauigkeit der Ergebnisse in Frage gestellt. Die betreffenden Geschäftsleute mögen bedenken, daß sie durch ihr Verhalten in erster Linie ihre

eigenen Interessen schädigen. Denn nur durch eine völlig einwandfreie Feststellung der Preise wird verhütet, daß unrichtige Angaben über die Preisentwicklung in die Öffentlichkeit gelangen und Anlaß zu ungerechtfertigten Beschwerden geben. Dazu ist aber die Mitarbeit der befragten Geschäftsleute selbst unerlässlich.

Hege gegen das Reichsbanner.

Bölkische Hosenzüge halten Fäden für Gumminäpfl.

Das bölkische „Deutsche Tageblatt“ hat in seiner Ausgabe vom 7. Januar wiederum eine unerhörte Hege gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold getrieben. Das Blatt wurde wegen seiner ungläublichen Angriffe gegen die Schutzpolizei und den preußischen Innenminister verboten. Trotzdem ist es notwendig, auf die in dem Blatt veröffentlichten Angriffe auf das Reichsbanner nach eingehender Prüfung der Umstände einzugehen, da das Blatt im Bezirk Roabit in größeren Mengen vertrieben wurde. Das „Deutsche Tageblatt“ nimmt die in der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtsfesttag erfolgte Ermordung eines Reichsbannermitgliedes, namens Burmann, an der Ecke der Colvin- und Melandstrasse zum Ausgangspunkt dieser Angriffe. Angeblich soll das Reichsbanner in Roabit „Nordkolonnen“ durch die Strafen schiden, die jeden „friedlichen“ und „national gesinnten“ Reichlichen überfallen und ermorden. Dem Reichsbanner wird dabei Gemeinschaft mit dem Roten Frontkämpferbund unterzogen. Burmann soll ein Opfer dieser „Nordkolonnen“ geworden sein. Zum Beweise werden einige Reichsbannermitglieder mit Namen angeführt, das Votum von Wolff in der Colvinstraße wird als die Zentrale dieser „Nordkolonnen“ bezeichnet. Die Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärt hierzu folgendes:

In diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Die aufgeführten Reichsbannermitglieder, die mit offenem hängendem Gumminäpfl gesehen sein sollen, sind Mitglieder eines Tambourkorps, die ihre — Fäden und Trammelstücke bei sich tragen, die der „juristische bölkische Beobachter“ als Beweismittel aus dem Arsenal Knäppel-Kunze ansah. Das Lokal von Wolff ist kein Reichsbanner-Lokal, da der Inhaber deutschnational ist. Nur zufällig können Reichsbannerkameraden, die von diesen Verhältnissen keine Kenntnis haben, dieses Lokal einmal betreten haben. Geme-Organisationen, die die Bölkischen dem Reichsbanner unterstellen, bestehen beim Reichsbanner selbstverständlich nicht. Das Reichsbanner hat jedenfalls mit dem Wort an dem Reichsbanner Burmann nicht das geringste zu tun. Bei dem trampfhaften Versuch, dem Reichsbanner Geme-Organisationen zu unterstellen, kann man sich des Verachtes nicht erwehren, daß es sich umgekehrt bei Burmann um einen bölkischen Hememord handelt.

Zwei mutige Jungen.

Lehrlinge auf erfolgreicher Verbrecherjagd.

Durch das mutige Eingreifen zweier Lehrlinge wurden zwei gewerbsmäßige Eindrehler in Neustadt unschädlich gemacht. Ein Bewohner eines Hauses der Bodestraße überraschte, als er um 3 Uhr heimkehrte, zwei Eindrehler in seinen Räumen, die später als ein Paul Klat und ein gewisser Schulz, der letztere mit nicht weniger als 16 Vorstrafen, festgestellt wurden.

Die Hebrerraffen ließen die ganze Beute, die sie schon zusammengepackt hatten, im Stich, sprangen aus dem Fenster der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung auf die Straße hinaus und liefen davon. Die 16 Jahre alten Lehrlinge Hoppe und Jude, die zufällig vorüberkamen, nahmen kurz entschlossen sofort die Verfolgung auf. Schulz kam ihnen aus den Augen, als er in ein Eckhaus der Kogaststraße hineinschlich. Jetzt legten die Jungen Klat allein nach. Die milde Jagd ging über den Körnerplatz und nach Kreuzung mehrerer Straßen über die Bäume der in der Gegend gelegenen Friedhöfe. Klat brach beim Hebrerraffen mit einem Haun zusammen, raffte sich aber wieder auf, erreichte ein Haus in der Schierkestraße und ließ die Treppe hinauf, um vom Boden aus über die Dächer zu entkommen. Die beiden Lehrlinge blieben ihm auf den Fersen und holten ihn wieder ein, als er sich abmühte, die Bodentür mit einem Dietrich aufzuschließen. Jetzt zog er einen Revolver und drohte den kleinen Verfolgern mit Erschießen. Die beiden riefen ihm zu: „Schick nicht, der Grüne kommt!“ Klat lachte, wandte sich wieder dem Schloß zu und verdoppelte seine Anstrengungen, es aufzuschließen. Dabei mußte er die Waffe einstecken, weil er beide Hände brauchte. Die Lehrlinge erschreckten und ängstigten den Verbrecher nun so lange, bis endlich ein Polizeibeamter kam, der den Klat festnahm. Auf dem Wege zur Wache sahen Hoppe und Jude plötzlich einen Mann ohne Mantel und Hut, erkannten in ihm Schulz, riefen: „Das ist der zmeite!“, stürzten sich auf ihn und nahmen ihn mit Hilfe des Schupowachmeisters ebenfalls fest. Schulz spielte den Harmlosen und wollte von nichts wissen. Die jungen Verfolger aber ließen sich nicht täuschen, und endlich legten beide Eindrehler ein Geständnis ab.

Für künstlerisch begabte Schulklassen.

Das Landesberufungsamt Berlin (Niederwallstraße 12) veranstaltet am 25. und 26. Januar, vormittags 9 Uhr, in der Kunstgewerbeschule (Charlottenburg, Hardenbergstraße 33) wieder eine Prüfung von künstlerisch begabten Schülern und Schülerinnen aller Schulgattungen Groß-Berlins, die zu Ostern die Schule verlassen und darüber beraten sein wollen, ob ihre Begabung für einen künstlerischen oder kunstgewerblichen Beruf ausreicht. Schüler und Schülerinnen, die an der Prüfung teilnehmen wollen, müssen selbstgezeichnete Arbeiten (Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Bastarbeiten, plastische Arbeiten), aus denen allgemeine und besondere Begabung, Formen- und Farbeninn und Phantasie sprechen, schon am 22. und 23. Januar in der Zeit zwischen 10 und 2 Uhr im Sekretariat der Kunstgewerbeschule abliefern und zugleich 3 M. Prüfungsgeld zahlen. Anträge auf teilweises oder gänzliches Erlass der Gebühr sind unter ausführlicher Darlegung der Gründe und mit Befür-

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 16. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.45 Uhr nachm.: Schriftsteller Otto Köhler: „Aus dem Lande der Pharaonen“. 4.30—8 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.50 Uhr abends: Dr. Berthold Dann: „Arnold Böcklin“ (zum 25. Todestag des Meisters). 7.15—8.05 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurs): 7.15 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glück: Esperanto. 7.45 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Photochemie. Geh. Reg.-Rat Dr. A. Mithoe: „Ziele und Wege der Naturfarbenphotographie“. „Wie und was sieht der Mensch?“ 8.30—10 Uhr abends: Heiteres. 1. a) Sosa: Unter dem Sternbanner. Marsch. b) Ouvertüre zu der Operette „Orpheus in der Unterwelt“ (Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann). 2. a) R. Erwin: Frühlingstraum (Boda). b) B. Zepher: Nis nam Bourbell (Lilicoron). c) J. Rothstein: Auf der Rodelbahn (Gumpol). d) Der lachliche Schneider, schweizerisches Volkslied (Robert Koppel, Bariton). e) Kélmán: Dorkothel, Walzer (Berl. Funkkapelle). 4. a) D'Ambrosio: Romanze. b) Nandán: Der Fischer (Ferd. Kaufmann, Violine). c) a) Übersetzer: Nur wer die Sehnsucht kennt. b) O'Earley: Bild der ein, glücklich zu sein, Walzer (Berliner Funkkapelle). 6. a) E. Allan: Gute Nacht, Marie, aus der Revue „Von A-Z“. b) Ch. Lecocq: Je, grad die Blondin (Fuchs). c) Das Querslohen, holländisches Volkslied. d) Z. Contrey: Ich hab' kein Geld (Robert Koppel). 7. a) Helmholtz-Holmes: Die Gärdenprodige, musikalische Satire. b) Woran: Kennst du mir die übermorgen 10000 Dollars borzen? Questop (Berliner Funkkapelle). Am Flügel: Artur Andra. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der heutigen Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst, 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

morning der Schulleiter bei der Anmeldung des Prüflings anzureichen. Später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Zur Prüfung ist Mal- und Zeichenmaterial mitzubringen.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

Furchtbare Folgen hatte in der Nacht zum Freitag der Irrtum eines Wächters auf dem Grundstück Frankfurter Allee 271. Der Privatwächter Richard K., ein Mann von 63 Jahren, trat kurz vor 2 Uhr auf dem Flur und dem Hofe mehrere Männer, von denen er annahm, daß sie nichts Gutes im Schilde führten. Als sie keine Aufforderung, das Haus zu verlassen, nicht nachkamen, rief er den Wächter herbei. Aber auch dessen Aufforderung folgten die Männer nicht. Es kam vielmehr zu einer Auseinandersetzung, bei der sich der Wächter und der Förstner in der Dunkelheit so bedroht fühlten, daß der Förstner einen Schuß abgab. Ein Auffreier folgte. Der Betroffene, ein 43 Jahre alter Russtdirektor Hans B., aus der Frankfurter Allee 83, hatte, wie sich nun herausstellte, verflucht, mit mehreren Bekannten durch eine Seitentür in das bereits geschlossene Lokal in dem Hause hineinzufommen. Der Wächter und der Förstner aber nahmen andere Absichten an. B. erhielt einen Bauchschuß und wurde auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht. Ob es wirklich nötig war, mit dem Revolver vorzugehen, muß die Untersuchung ergeben.

Gantag Berlin-Brandenburg des Reichsbanners.

Am Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. d. M., findet in Landberg a. d. B. der Gantag des Gauess Berlin-Brandenburg des Reichsbanners statt. Der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Otto Hörsing, wird am Sonnabend, abends um 6 Uhr, in Landberg eintreffen, und dort durch einen Redelzug empfangen werden. Am Abend wird Oberpräsident Hörsing in einer großen republikanischen Kundgebung in Landberg a. d. B. sprechen. Der Sonntag ist den inneren Arbeiten des Reichsbanners gewidmet.

Vortrag des deutschherzoglichen Gesandten Dr. Franz. Die vom deutschherzoglichen Reichsbund veranstaltete „Liederländische Winterhochzeit“, die in der Zeit vom 17. bis 20. Januar d. R. im Berliner Künstlerhaus stattfindet, wird am Sonntag 6 Uhr abends eröffnet werden. Um 7 Uhr abends wird der deutschherzogliche Gesandte Dr. Franz in der Audienz einen Vortrag über das Thema „Religion in Deutschland und deutsche Kultur“ halten. Den Ausstellungen des Gesandten Dr. Franz wird sich ein Vortragsvortrag des Schriftstellers Rudolf Kuzmann über Deutschland anschließen.

Nicht Tennisplätze! In unserer Mitteilung (Nr. 13) über die Spiel- und Sportanlagen, die im Humboldthain geschaffen werden soll, ist durch einen Schreibfehler der Sinn entstellt worden. Nicht Tennisplätze, wie da zu lesen stand, sondern Tennisplätze — d. h. Plätze mit festem Boden im Gegensatz zu Plätzen mit Rasen — sollen im Humboldthain in einer Größe von 2000 Quadratmeter angelegt werden.

Der Prozeß Grand.

Nach der Mittagspause wurden Anträge der Verteidigung auf Ladung neuer Zeugen aus Berlin und Hamburg angenommen. Strafgefängener Döring tritt dann als Leumundzeuge gegen den Belastungszeugen Seidel auf. Der Oberstaatsanwalt teilt mit, daß der gefugte Zeuge Seidel in Magdeburg gefunden wurde und am Sonnabend vor Gericht erscheinen werde. Der Vorsitzende stellt fest, daß dann die Verhandlungen in der nächsten Woche weiter gehen müsse. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

Die Lage der Schiffe im Finnischen Meerbusen.

Nach Meldungen finnischer Flieger war die Lage der Schiffe am 13. Januar bei Hogland folgende:

In einer Rinne, deren Anfang südlich Hogland und deren Ende in der Mitte zwischen Hogland und Sommers ist, liegen drei Eisbrecher und 21 Schiffe. Richtung Süd-Westen. Außerdem sitzen sechs Schiffe fest im Eise zwischen Hogland und Sommers und zwei im Eise bei Rodskaer. Finnische Flieger waren erneut Grobiant ab. Von den gemeldeten 20 Schiffen südlich Hogland sind fünf annähernd in der bisherigen Lage verblieben. Der Rest wird vom Eisbrecher heute schon weitlich geführt. „Linien Schiff Hessen“ nimmt zur Zeit in Reval Kohlen ein.

Drei Reichsbahnarbeiter getötet. Am Freitag vormittag wurden auf dem Bahnhof Krefeld-Vinn drei Eisenbahnunterhaltungsarbeiter, die mit Schneeraäumen beschäftigt waren, von einem einfahrenden Güterzug erlegt und überfahren. Zwei Arbeiter waren sofort tot; der dritte wurde schwer verletzt ins städtische Krankenhaus übergeführt, wo er gestorben ist.

Schweres Grubenunglück in Westvirginia. Bei einer Explosion einer Kohlenarube in Farmington bei Jarmont (Westvirginia) wurden 88 Verletzte verachtet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einsparungen für diese Rubrik sind Berlin G. B. M. Lindenstraße 1.
Heta an das Sekretariat, L. Sol. 7. Rep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr: Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 1.

Heute, Sonnabend, den 16. Januar:

101. Mt. Krefeld. Die Ausgabe der Funktionäreren erfolgt heute nachmittags von 3-6 Uhr in der Gestalt.

Morgen, Sonntag, den 17. Januar:

17. Mt. Die Funktionäre holen ab Material zum Abstellensleiter vormittags ab.
22. und 23. Mt. Treffpunkt am Reichshaus der Arbeiterwohnheimausstellung nachmittags 10 Uhr am Sonnenbühnen Platz.
Jugendausstellungen. Gruppe Charlottenburg: Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung mit den weiblichen Gruppen gemeinsam: „Die Stunde der Internationalität“. Die Arbeitenden ist eingeladen. Am Jansbergs Rathaus, 4.

Arbeitergemeinschaft der Arbeitervereine. Berlin-Mitte: Sonntag, 17. Januar, (letztes Mal) im Berliner Rathaus im Bürgeraal, Einlass 8 Uhr, Berlin 3 Uhr. Karten für jede und keine Kinderkarte 10 Pfennig. Eintritt bei Anwesenheit. Anwesenheit 3 Uhr an der Leinwand. — Gruppe Krefeld: Sonntag, 17. Januar, Treffpunkt im Reichshaus, Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung nachmittags 4 Uhr. Gruppen des Reichshaus haben mit ihren Familien und Bekannten einladen. Karten zu 1.20 M. sind an der Kasse erhältlich.

Arbeitergemeinschaft der Arbeitervereine. Gruppe Reichshaus: Sonntag, 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet die erste Zusammenkunft der Arbeitervereine in Reichshaus statt. Karte und Eintritt sind herzlich einladen.

Arbeitergemeinschaft der Arbeitervereine. Gruppe Reichshaus: Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung der Arbeitervereine in Reichshaus, Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung nachmittags 4 Uhr. Gruppen des Reichshaus haben mit ihren Familien und Bekannten einladen. Karten zu 1.20 M. sind an der Kasse erhältlich.

Arbeitergemeinschaft der Arbeitervereine. Gruppe Reichshaus: Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung der Arbeitervereine in Reichshaus, Sonntag, 17. Januar, Veranstaltung nachmittags 4 Uhr. Gruppen des Reichshaus haben mit ihren Familien und Bekannten einladen. Karten zu 1.20 M. sind an der Kasse erhältlich.

Wobmed Tabletten
in allen Apotheken.
16-jährig, lindern, erfrischend

Unbeirrt . . .

Von Gabriela Preissová.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Werstold.)
(Fortsetzung und Schluß.)

Ein glücklicherweise auf dem Boden gefundenen Raucherstücken und drei Sessel vervollständigten die Bequemlichkeit des künftigen Mieters. Beide ziemlich erhaltenen Teppiche waren hübscher als diejenigen, welche die Hausfrau im eigenen angrenzenden Zimmer aufgelegt hatte, das noch durch den langen, alten Flügel, den sie hierher aus dem kleinen Salon hat überstellen müssen, überfüllt war. Das Klavierstück blieb ihr nun als einziger Trost. Sie wird entschieden den Herrn, der bei ihr einmietet wird, fragen, ob er Musik liebe. Sie könnte dann das Klavier ins Zimmer stellen und es nur in seiner Abwesenheit benutzen.

Heute morgen erschien eine Anzeige in der Zeitung. Jetzt ist es halb elf, da könnte schon jemand kommen, wenn nach Wohnungen eine so große Nachfrage ist.

Während der langen Zeit des Wartens schlug sie die ersten Blätter des Photographienalbums auf, wie wohl alle diese Aufnahmen auf einen Beschauer, ihren Mieter, wirken möchten.

Auf dem ersten Blatt war die Erinnerung an ihre Hochzeit. Sie in langem, am Haupte zum Krönchen gebundenen Schleier und mit einem Myrthenstreifen über der glatten Stirn, unter der sich stolze Augenbrauen wölbten. Ach, sie hatte immer etwas so Selbstbewußtes in ihrer Erscheinung, das wird selbst das grausamste Schicksal nie verwischen. Ihr Mann in der Uniform eines Oberleutnants der Tiroler Jäger, bot ihr auf dem Bilde liebevoll den Arm. Er nannte sie Gazelle. Auf dem ersten Offiziersball erwähnte man sie, um im Koillon ein Geßpann Koffe, Kadetten, zu führen und sprach von ihrer anmutigen Erscheinung. Ihr Anblick befam einen lindlichen Ausdruck, als sie die Bilder glücklicher Tage betrachtete und alten Träumen nachsann.

Dann waren hier Vater und Mutter, als sie noch im fürstlichen Schloß wohnten. Die Fürstin, ihre Patin, verschiedene Verwandte, Freundinnen und zum Schluß zwei Seiten absichtlich zusammengestellter Bildnisse junger Männer, die ihr alle den Hof gemacht hatten. Zwei von ihnen, die Armen, waren schon tot. Dieser Dritte schrieb Gedichte und soll Journalist geworden sein. Wer weiß, wie es ihm geht. Der Vierte brachte es weit. Aus dem ehemaligen kleinen Juristen war ein Minister geworden. Wer hätte das voraussehen können? Damals schien er ihr ein wenig schlafgig und weißschweißig in seiner Rede. Wenn man so voraussehen könnte, welcher von den unscheinbaren Jünglingen eine Karriere vor sich habe. Dieser mit dem struppigen Bürstenhaar war sehr komisch. So lächerlich eingebildet. Er war der Sohn des Hausmeisters Hluba aus dem Reußbäder Haus, in das zu Anfang der Pensionierung ihre Eltern übersiedelten. Der kleine Manipulationspraktikant geiraute sich Blumensträuße und Briefchen fähen Inhalts an die Türkinke zu binden und diese Photographie hatte er ihr aufgegeben. Dabei unterschrieb er sich: „Ihr für ewig ergebener . . .“ Der selbige Vater pflegte zu sagen, daß die ganze Hausmeisterfamilie einen Span im Kopfe habe. Der Hausmeister diente irgendwo als Gefelle, ging aber am Sonntagabend schwarzgekleidet ins Gasthaus und seine Frau mußte bis auf den Hradtschin in den Reitsam zur Kirche gehen, weil dort der Erzbischof Messe las und sie nur die beste Musik liebte. Nie ging sie ohne Hut spazieren.

Den Sohn nannten sie „Albertchen“ und „den Beamten“. Gott bewahre, daß er jemals in der Nacht anstatt der Eltern um ein Zwanzig Hellerstück das Tor öffnen ginge! Er hatte hochliegende Illusionen, die er sich nicht nehmen ließ, selbst dann nicht, wenn er am Morgen die Eltern Schnee und Schmutz vor dem Haupte vom Treppstufen lehren sah. Sein Stuhl war blumenreich und hochaufrecht stolzerte er einher. Einmal schrieb der Arme: „Meine Liebesknope, unterschätzen Sie meine jungen Jahre nicht! Ehe Sie zur Rolle erstehen, werde ich es so weit bringen, daß ich Ihrer würdig sein werde!“

Die verstorbene Mutter sagte damals: „Nimm es dem Armen nicht übel. Er kann nicht dafür, daß du ihm gefällst, und Blumen sind keine Beleidigung. Man darf nie mit den Hausmeisterleuten in Unfrieden leben. Laß alles unbeachtet, mein Kind, und antworte auf sein Grüßen mit Kopfnicken, als wenn du nicht verstündest.“

Endlich mußte aber doch der Vater den Hausmeisterleuten jagen, daß er sich Herrn Albertchens Kühnheit verbitte und er sich nicht mehr getrauen dürfe, ihr fernherhin den Hof zu machen. Doch, der Jüngling war unverwundlich, nachher band er nur noch Sträußchen ohne Begleitworte an die Türkinke und selbst noch an Vilmas Hochzeitstage schickte der arme Tor einen Strauß roter Rosen. Gewiß hatte er für diese große Ausgabe einige Mahlzeiten sparen müssen. Was wohl aus diesem zudringlichen Menschen wurde?

„Dieser hieß Wagner.“ Frau Vilma spann in Gedanken die weiteren Schicksale ihrer Verehrer fort, „reiste nach Amerika, wurde dort Drogist, erlangte irgendwelche Pflanz- und soll sehr reich geworden sein.“ Sie betrachtete gedankenverloren die verblühten Malerei der Zimmerwand und an den halbgeschlossenen Augen zog das Bild eines Familienhauses mit Garten, vor dessen Tür ein Automobil stand, vorbei, gerade so wie sie es manchmal in den Visitenkarten sah. Ach, die Leute in Amerika durchlebten nicht die Bangigkeit der hiesigen Verhältnisse. Sie schnellte empor und schloß eilig das Album. Jemand hatte stark an der Klingel gerissen. Mit zitternden Fingern strich sie sich über die Lippen und zwang sie zu einem freundlichen Lächeln.

„Sie wünschen?“ fragte sie, zisch die Tür öffnend. „Ich möchte gern das Zimmer sehen, das heute in der Zeitung angeboten wird,“ sagte ein unbedeutend aussehender Mensch und überstog dabei gefenken Blickes die Zeitungsummer, die er in der Hand wie zum Beweise seines berechtigten Kommens hielt.

„Bitte, treten Sie ein, hier ist das Zimmer,“ sagte die Frau, damit der Ankömmling nicht zu lange das kleine, dunkle Vorzimmer lesehe, doch ihr feierliches Lächeln verschwand, als sie den unscheinbaren Menschen betrachtete, wie er so mit geordnetem Hute vor ihr stand. Das Fürstenhaar, wenn auch ergraut, die halbgeschlossenen, schwarzgeränderten Augen — der verhaltene Blick — so verhalten, daß man in Verlegenheit kam. Beide wollten Anblicke rästelten sich. „Mir scheint, wie können uns aus früheren Zeiten,“ sagte Albert Hluba hellmüde. „Bitte, sind Sie nicht ein geborenes Fräulein Soellit, — die Herren Eltern wohnten in der Lindengasse?“

Auf den ersten Blick schien er gebückt, jetzt aber straffte sich sein Körper, auf dem Regenstirn gestützt. Bähig befam sein Gesicht einen gespannten Ausdruck wie ein ausgedientes Militärpferd, das die Klänge eines bekannten Marsches hört.

Deutsche Abfindungsprozesse — größte Attraktion Europas.



„Hereinspaziert, alles, was an Mitgliedern majestätischer oder durchlauchtigster Familien in und außerhalb Deutschland lebt und fault! Hereinspaziert, alle die schönen Damen, die den allerhöchsten Herren, ob zur rechten, ob zur linken oder Hinterhand, angetraut waren. Hier wird schauderhaft gewonnen!“

Auch sie hob das Kinn und die schütterten, seidigen Augenbrauen in ihrer alten, selbstbewußten Weise. „Ich bin Vilma Lang von Lindenheim, geborene Soellit. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich in Ihnen Herrn Hluba erkenne. Bitte, setzen Sie sich,“ bot sie mit höflicher Bewegung und nahm selbst Platz. „Es freut mich, nach so langen Jahren wieder mit Ihnen zusammenzutreffen. Bitte, wie soll ich Sie titulieren?“

„Ich war Kontrolleur bei der Steueradministration. Ein Jahr vor Kriegsausbruch entschloß ich mich, in Pension zu gehen,“ erwiderte Hluba mit verträumter Stimme und versuchte unauffällig seine Manschetten tiefer in die Ärmel zu stecken. Dann fuhr er fort, seinen Blick auf Frau Vilmas schmalen Schuh gerichtet, auf denen ihm die zur Verzierung angebrachten Spangen wie Schmetterlinge zu gaulen schienen. „Ich blieb ledig und habe niemanden, für den ich sparen müßte, da meine Eltern begraben sind, und zu meinem Entschluß brachten mich etwas Rheumatismus und Verdostität. Ich bin dem aber dankbar, da ich jetzt Ruhe habe, und dann nahm ich mir auch vor, etwas mir selbst zu leben.“

„Ach ja, der Mensch ist auch sich selbst etwas schuldig,“ bekräftigte die Frau. Ihre Stimme war kühl, denn in dem Augenblick war sie schon entschieden, daß dieser Mensch, der ehemals tief unter ihr stand und in ihr seine Gotttheit sah, nicht in ihre beschränkten Verhältnisse einblicken dürfe und sehen, daß sie heimlich ihre Wünsche wasche und wolle die Taschen für ein Geschäft hütete. Sie konnte nur solch einen Menschen in die Wohnung aufnehmen, der nie durch ihren früheren Lebensgarten schritt. Nun war schon alles in diesem Garten öde und gefüllt — sie aber konnte nicht Reugler oder Mittel ertragen.

Und der Pensionist Hluba wußte auch schon, daß er sich bei dieser Frau nicht einmieten konnte, weil er sparsamteils halber nur Gummistrümpfen und Manschetten trägt, sich Kramatten wendet, Strümpfe stopft und sich selbst das Frühstück auf dem Spirituskocher zubereitet. Er legte den Regenschirm über die Arme und begann langsam zu erzählen, daß er nur aus Gefälligkeit zu einem Freunde gekommen sei, der um jeden Preis vom Lande nach Prag übersiedeln wolle. Er selbst verstände die Sehnsucht eines an Landluft gewöhnten älteren Menschen nicht. Er habe im Böhmerwald sein liebes Nest, ein ordentliches Häuschen, drei Zimmer und eine verglaste Veranda, mit Garten, einigen Bienenstöcken, ein Duzend Hennen und einer Laube mit Taubenhaus auf der Spitze.

Und nun suchte auch der Pensionist im Geiste seinen hundertmal hergestellten längst aufgegebenen Traum von eigenem Besitze zusammen, den ihm das Schicksal bereitet hatte. Hübsch und lieb war alles wie ein kleiner Vogelbauer, um nichts in der Welt möchte man mit dem Lärm der Großstadt tauschen. Er erwähnte auch seine seligen Eltern, die ein hohes Alter erreichten und nun in der Nähe seines Häuschens auf einem poetischen Kirchhof ruhen, — dort im Böhmerwald. Daß er sie bis zum letzten Augenblick unterstützte, verschweig er wie alles, was der Wahrheit nahe stand. Ach gewiß, er wird zurückkehren und sich irgendwo im Lande als Richter verbergen. Was war ihm nur um Gotteswillen eingefallen, in Prag mit dem Handflößchen herumzulaufen, in der Zeitung die Anzeige „mit schöner Aussicht“ zu lesen und hierher zu eilen? Was für ein Un-

sinn! Andächtig hörte er Frau Vilma zu, wie sie von ihrer großen, bequemen Wohnung in Wien erzählte. Hier möchte sie es gern mit wegen der Erinnerungen an die Mutter erhaschen und um manchmal herfahren zu können, Jugenderinnerungen aufzuwischen. Sie wünschte auch, daß jemand die hiesige kleine Wohnung behüte. Gerade vor zehn Minuten, ehe sich der Herr Kontrolleur meldete, hatte sie das Zimmer schon vergeben, Schade, — wirklich schade! Und so entschuldigten sie sich gegenseitig und zwangen sich zu wahrheitsgetreuer Ruhe.

Als Frau Vilma nachmittags aus ihrer Wohnung ging, um zum gewohnten Abendkaffee zwei Brötchen zu kaufen, fand sie an der Türkinke ein Sträußchen Nelken mit einer Rolle neuer Noten angebunden, mit der Aufschrift: „Lied ohne Worte.“

Die Sicherheit, daß sie mittlerweile das Zimmer an einen ernsthaften Reisenden vermietet hatte, der sich selten oder nur zum Schlafen in der Wohnung aufhalten wird, riefte jugendlich ihr Antlitz und sie sagte sich im Geiste angenehm überrascht: „Die Visitenkarte legte er nicht bei, aber gerade dieses Feingefühl berührt mich und gefällt mir. Dieser Hausmeisterjohn eignete sich doch im Leben eine bessere Linie an.“

Und so schieden sie in verhaltenen Harmonie für immer.

Eine ungarische Falschmünzergeschichte aus der Vorkriegszeit. Ungarn hat vor etwa zwanzig Jahren eine spähhafte Falschmünzaffäre gehabt, die insofern der jetzigen Katastrophe ähnelt, als auch damals keine armenigen Hungerleider das Verbrechen begingen. Von sechs wohlhabenden Leuten, die als Bauern die „Rot der Landwirtschaft“ konnten, war eine Bank gegründet worden, die die Ausgabe hatte, Grundstücke zu beleihen. Das Geld war durch bare Einzahlung vorhanden, aber die eingesezte Direktion behielt es in der Kasse, da sie keinen lebenden Menschen für „gut genug“ hielt. So ging es eine Weile fort, bis ein neuer „Gründer“ erschien, der dem Direktorium vorschlug, das Kredituchenden falsches Geld zu liefern, das er besorgen, resp. herstellen könne. Dieser Plan leuchtete der Bankleitung ein, zumal der Verluscher darlegte, daß sie dann ja auch gegen Verluste, die durch Bankrott des Schuldners entstehen könnten, fast gänzlich gedeckt sei. Die Bank erklärte nun, Darlehen usw. zu geben, sah aber ihr Treiben halb entdeckt. Ein Schneidermeister, der 300 Kronen in falschem Gelde erhalten hatte, wurde in Budapest bei Einkauf in einem Warenhaus angehalten und auf Grund seiner Aussagen wurde das Direktorium verhaftet. Die Bank mußte in Liquidation treten, wobei der wohl leitende Fall sich ergab, daß die Gründer ihr Aktienkapital voll zurückerhielten.

Ein Denkmal für Stommutter Coa. Der in Greenville, S. C., lebende Humorist und Schriftsteller Robert Quillen verteilte, wie die amerikanischen Blätter berichten, auf eine merkwürdige Idee, für sich Rellame zu machen. Er errichtete in dem Garten vor seinem Hause ein Denkmal, das die Stommutter des Reichengleiches Coa darstellt. Den Sockel schmückt neben der Inschrift: „Zum Gedächtnis an Coa, das erste Weib“, ein Apfel mit einem Zweig und einem Blatt. Die gute Stadt fand das natürlich „hocking“, und Quillen sah sich genötigt, in einem von ihm herausgegebenen Blatt der Kritik der lieben Nachbarn zu begegnen. Er tat das in folgender Form: „Coa war eine entfernte Verwandte von mir, mütterlicherseits. Die ganze Familie ist immer stolz auf sie gewesen. Sie war die erste Dame und die anerkannteste Schönheit ihrer Zeit.“

Der Leerlauf in der Wirtschaft.

Direktoren - Grundbesitz - Gebäude - drei Organisationsfehler!

Die Tatsache, daß der größte Teil des deutschen umlaufenden Betriebskapitals durch Krieg und Inflation verlor, ist bekannt.

Die Durchführung der Rationalisierung in den einzelnen Betrieben und Unternehmungen kann nur dann erfolgreich sein, wenn jeder einzelne, der am Produktionsprozeß beteiligt ist, selbst darauf bedacht ist, ein Maximum zu leisten.

Aus der Dezember-Denkchrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ ist zweifelsohne an der Schwelle neuer Erkenntnisse angelangt. Damit soll nicht besonders hervorgehoben werden, daß ihm die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ endlich auf die moralischen Knieen fällt. Es ist mehr der Eifer, mit dem er sich in der neuesten Denkschrift verteidigt, der auf die tödliche Absicht, etwas zu tun, hinweist. Leider erstickt auch in der Dezember-Denkchrift der gute Wille sehr bald hinter den alten und oberflächlichen Bemerkungen von der Schwierigkeit der Rationalisierung, über die Knappheit des Geldes, über die Notwendigkeit der höheren Arbeitsteilung, von der hoffnungslos begonnene Normierung und über einige andere reichlich abgeklapperte Abwandlungen des Unternehmertums, dessen letztes Ende immer wieder ist, daß man selbst keine Fehler gemacht habe, sondern daß die anderen und die berühmten „Umstände“ an allem schuldig sind.

Hier soll ein Weg aufgezeigt werden, durch dessen Benutzung die Erörterung wohl etwas vorantäme. Neben den Löhnen und Gehältern gibt es ja unbestritten noch einige andere Unkostenkonten, deren systematische Untersuchung mancherlei über die wirklichen Ursachen der Hilfslosigkeit vieler Unternehmungen und ihrer Leiter auszusagen vermöchte.

Zuletzt Oberleitung.

Es ist unbestritten, daß nach Kriegsende ein wahrer „Pains“-Schub von Profuratoren und im besonderen von Direktoren und Generaldirektoren in unserer Industrie erfolgte. Das alte Heer baute keine Offiziere ab und so mancher andere mußte umsitzen. Das Milieu bestimmte zumeist auch den gesuchten Beschäftigungskreis, die zunehmende Entwertung des Geldes förderte das Entgegenkommen, der immer mehr infolge des zunehmenden Warenmangels sich gegenüber der Produktion vordringende Handel befehligte alle sonst noch vorhandenen Schwierigkeiten, denn „Kaufmann“, also „kaufmännischer“ Direktor konnte jeder werden, der die Verbindungen besaß. Das letzte keine Fragestellung voraus — so schied es den Unternehmern zu der Zeit, da alle Welt den Warenverkäufern die Türen einrammte. Und die Hauptsache ist doch, daß ein Direktor herumzuschauen kann, und das konnte man ja Gott sei Dank noch vom Kriege her.

Am schlimmsten trieben es die Banken. Die Rußen wurden das Ideal, damit wurde auch die Unfähigkeit eine Potenz. Neuerdings ist von einsichtigen Unternehmerblättern manchmal offen zugegeben worden, daß viel zu viel Direktoren vorhanden sind, und daß der leitende Apparat vieler Unternehmungen im krassen Widerspruch zum Umfang des Betriebes stehe. Hier sei deswegen zu diesem Thema wieder an Ziffern erinnert, die seinerzeit in der „Wirtschaftspolitischen Abteilung des Deutschen Wertmeisterverbandes“ zusammengestellt wurden. Es ergab sich, daß in 256 Aktiengesellschaften, die im wesentlichen die deutsche Großwirtschaft repräsentieren, gegenüber der Vorkriegszeit die Betriebsbelegschaft nur um 1,33 Proz. — Anfang 1925 — gelegen war, während die Zahl der leitenden Personen in der gleichen Periode sich um rund 62 Proz. vermehrt hatte.

Diese Ziffern besagen nur, daß die Unternehmungsleitungen sehr zahlreich geworden sind, nachfolgend soll einmal an einem praktischen Beispiel erörtert werden, was sie politisch wirtschaftlich geleistet haben, wie sie im besonderen während der Inflationszeit das Schicksal der deutschen Wirtschaft durch den Sturm gesteuert haben. Daraus werden dann noch einige Schlussfolgerungen zu ziehen sein.

Die falsche Rechnung von den Sachwerten.

Es gab während der Inflationszeit eine von allen Betriebsleitungen geheiligte volkswirtschaftliche Grundweisheit, sie war die kaufmännische Maxime sämtlicher Generaldirektoren, sie lautete dahin, daß nur dann Kapital nicht schwinde, wenn es in Sachwerten angelegt werde. Sogenannte „feste“ Objekte zeigten sich in der Erhaltung ihres Wertes am widerstandsfähigsten. Es wurde alles festgelegt mos an Dollar und Pfunden einsam. So wurde die Produktion zu einem Anhängel der Handelsorganisationen, Finanz- und Transaktions-, Dach-, Anlage- und Verwaltungsgesellschaften.

Die Festlegung des mobilen Kapitals entwickelte sich nach eigenen Grundgesetzen. Die Löhne und Gehälter waren zu niedrig, als daß sie einen besonderen Anreiz zur Investierung erheblicher mobiler Mittel in Maschinen geboten hätten. Deswegen ging man dazu über, den Betrieb vor allem räumlich auszudehnen, im besonderen den Grund und Boden zu vermehren. Der Anreiz gerade zu diesen Kapitalanlagen war schon während des Krieges entstanden, Grundstückskauf für einen Betrieb erscheint bei der üblichen oberflächlichen Betrachtung immer als industrielles Wachstum, als Zukunftsvorsorge und zugleich als sicherste Kapitalanlage, deswegen wurde gekauft und viel gebaut.

Die „Wirtschaftspolitische Abteilung des Deutschen Wertmeisterverbandes“ hat jetzt 322 der größten deutschen Aktiengesellschaften daraufhin untersucht, was aus jener Führerleistung der Industriefürsorge seit 1913 praktisch entstanden ist. Die Ziffern ergeben — das sei schon im voraus gesagt — erschreckende Aufklärung über die Unwirtschaftlichkeit unserer Produktion!

Grundstücke und Gebäude statt Produktion!

Die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften sagen nur sehr wenig Wahrheiten, sie stellen Bewertungen dar, geben aber keine Auskunft über die Objekte selbst. Ueber den Umfang der Grundstücke und die Größe der bebauten Flächen sagen aber die Prospekte der Aktiengesellschaften einiges aus.

Was ergab nun eine Untersuchung dieser Ziffern? Wir wollen das Resultat hier kurz zusammenfassen.

Es wurden — wie schon gesagt — 322 der größten deutschen Aktiengesellschaften auf die Veränderung ihres Grundbesitzes für die Jahre 1913 und 1925 untersucht, von ihnen konnten 256 Aktiengesellschaften daraufhin untersucht werden, welchen Veränderungen in der gleichen Zeit ihr Gebäudebesitz unterworfen gewesen ist.

Es besaßen an Grundbesitz 322 Aktiengesellschaften

1913	225,2 Millionen Quadratmeter
1925	434,8

Es hatten von diesem Grundbesitz 256 Aktiengesellschaften bebaut

1913	26,1 Millionen Quadratmeter
1925	35,1

Der Zuwachs, den die deutschen Aktiengesellschaften seit 1913 an Grundbesitz gehabt haben, beträgt

dreiundneunzig Prozent! Der bebaute Grundbesitz ist um rund 35 Prozent gestiegen!

Diese Zahlen sind nur ein Ausschnitt und nicht das ganze Resultat, berücksichtigen sie doch weder die Grundbesitzerwerbungen, die auf dem Wege der Konzernbildung vor sich gegangen sind, noch umfassen sie jenen Grundbesitz, der bei vielen Aktiengesellschaften in eigenen Grundstücks-G. m. b. H. usw. eingeschädelt worden ist.

Berliner Ziffern.

Nachfolgend sind eine Reihe von Ziffern großer Berliner Unternehmungen zusammengestellt.

Name der Aktiengesellschaft	Grundbesitz		Dabon bebaut	
	1913	1925	1913	1925
Alles in Quadratmeter				
Julius Pintsch	211 500	857 300	72 000	112 800
Lichtenberger Wolle	8 793	16 545	?	8 793
Ludwig Löwe	94 856	109 771	41 847	61 337
Rix u. Genest	16 769	31 875	?	?
Müller, Gummi	6 412	9 509	8 010	8 320
Nitritfabrik, Köpenick	41 440	59 600	5 100	12 000
Drenstein u. Koppel	281 942	879 062	53 750	207 095
Wanger	8 066	45 000	10 200	21 800
Reiß u. Martin	2 424	29 854	2 000	6 000
Niebel	210 000	1 260 000	83 000	75 500
Rhein u. Söhne	8 861	70 000	?	?
Carotti	41 750	41 750	10 900	15 500
Schering	78 850	1 123 635	?	?
Seiffert u. Co.	69 353	89 409	11 500	83 136
Stoll u. Co.	84 421	91 600	15 000	38 800
Troitzsch	1 723	2 636	1 207	1 791
Ver. Wärl. Tuchfabriken	96 231	168 784	44 900	82 522
Vogel, Draht	41 500	170 000	10 000	81 000
Engelhardt, Brauerei	40 000	700 000	?	?
Akkumulatorenfabrik	385 000	671 488	?	?
Knitin Treptow	3 839 400	8 780 000	?	?
Wappenfäbrication	21 864	211 906	6 291	17 436
Bergmann, Elektr.	183 500	215 885	74 553	111 255
Berlin-Pariser-Ind.	606 763	7 130 000	149 527	600 000
Schwartzkopf	650 000	1 292 469	?	?
Verdold, Messinglinien	7 786	11 949	?	?
Carlottens. Wäler	3 000 000	3 689 748	?	?
Chem. Fabr. Grünau	65 415	77 450	24 107	25 225
Wabco & Wilcox	120 000	1 828 888	?	?
Deutsche Kabelwerke	22 858	1 530 000	8 167	89 000
Deutsche Maschinenfabrik	284 000	1 143 000	106 400	160 100
Deutsche Kon- u. Steinzeug	1 079 800	1 107 265	?	?
Eckert	14 838	78 872	?	?
Freund, Maschinen	73 558	78 558	18 439	18 439
Preiser	7 700	19 085	4 400	7 805
Gustav Genschow	86 665	56 549	4 749	10 225
Goerz	21 480	263 428	6 503	22 425
David Grobe	5 025	68 500	2 962	9 300
H. Heineke	5 384	10 401	(ohne Bankrott)	?
Humboldtwerke	86 908	39 908	4 470	4 470
R. Kasper u. Co.	182 713	285 000	12 983	80 000
Zerlich	45 000	84 000	?	?
Kapler, Maschinen	8 000	8 000	4 800	4 800
Rehling u. Thomas	30 478	40 806	?	?
Gebr. Krüger	13 742	88 260	8 600	20 640

Nur in ganz wenigen Fällen hat bei den vorstehenden Berliner Aktiengesellschaften während der Jahre 1913 bis 1925 kein äußerliches Wachstum stattgefunden. Im ganzen läßt sich auch die Berliner Aktiengesellschaften in Grundbesitz und Bauschritten eine Produktionskraft vor, die nichts anderes als Inflation an Produktionsmitteln ist.

Immobilisierung der kapitalen-Inflation an Produktionsmitteln.

Es kann offen gelassen werden, inwiefern die Kriegskonjunktur jene Entwicklung zur Sucht nach Grundbesitz und immer noch größeren Betriebsräumen begünstigt und gefördert hat. Gewissen Einfluß haben die Jahre 1914 bis 1918 sicher gehabt. Aber was haben dann die hunderteausend neuen Industrieoffiziere mitamt in den alten, gedienten Unternehmungsgenerälen gegen die falsche Entwicklung getan? Sie haben sie mit Begeisterung fortgesetzt.

Die Folgen liegen leider immer noch nicht klar genug vor der Offensichtlichkeit. Zweifelsohne sind die allzu optimistischen Goldmarkteröffnungsbilanzen mit darauf zurückzuführen, daß die Uebermenge an Grundstücken und Gebäuden von den Leitern der Aktiengesellschaften zu günstig bewertet worden ist. Man ist so zu errechneten Goldkapitalien gekommen, die nicht unwesentlich über denen der Vorkriegszeit liegen, obwohl doch, wie der Reichsverband der Industrie“ so schon in seiner Denkschrift sagt, behauptet wird, daß „der größte Teil des deutschen umlaufenden Betriebskapitals durch Krieg und Inflation verloren ging“. Es ist zu seinem erheblichsten Teile nicht verloren gegangen, sondern in Sachwerten immobilisiert worden!

Daraus könnte man die Schlussfolgerung ziehen, daß es dann eigentlich das einfachste wäre, wenn die Unternehmer nun ihr immobilisiertes Kapital wieder in Betriebskapital zurückzuwandeln. Dann brauchen sie weder aus Lohnförsungen noch aus zurückbehaltenen Reingewinnen mühselig neues Betriebskapital zusammenzutragen.

Aber ebenso wie die Effekten sind auch die Grundstücke und Gebäude in den Goldmarkteröffnungsbilanzen zu hoch eingeschätzt, zu günstig bewertet worden. Das hat zur Folge, daß heute jeder Verkauf buchnäßig einen Verlust darstellt, der aus dem Jahresgewinn gedeckt werden muß. Man kann nicht mobilisieren, nicht nur weil man falsch investiert, sondern auch weil man unfaufmännlich bilanziert hat!

Sachwerte als Ursache zum Produktionsrückgang.

Unsere Heben Unternehmer stellen immer nicht wieder, daß die Produktion den Friedensstand noch lange nicht wieder erreicht habe. Röttgen, der Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, spricht in seinem Amerikabuch davon, daß wir noch um zwanzig Prozent hinter der Friedensleistung zurück seien. Diese Ziffer kann füglich bestritten werden, zumal ja für die Grundstoffindustrien — Kohle, Eisen, Kalk, Zement usw. — die Vorkriegsleistungen nicht nur wieder erreicht, sondern zum Teil schon erheblich überschritten sind. Aber bleiben wir dennoch bei der von Röttgen angegebenen Ziffer, sie hat eine gewisse Wahrheitsähnlichkeit für viele Branchen deswegen in sich, weil die Vorkriegskonjunktur der Bevölkerung ja auch noch nicht wieder erlangt ist und die Ausfuhr gegenüber 1913 geringere Ziffern aufweist.

Wenn aber heute die Produktion um 20 Proz. geringer ist als vor dem Kriege, und sie vollzieht sich in Räumlichkeiten, die um 35 Proz. ausgedehnter sind als damals, so zeigt das, daß ganz allgemein von der deutschen Unternehmerschaft kurzfristig, volkswirt-

schafflich verständnislos gehandelt worden ist! Und der „Reichsverband der deutschen Industrie“ hat dazu geschwiegen.

Jetzt läßt er an, etwas aufzutauen. Er spricht in seiner Denkschrift von „Rationalisierung, Schrumpfung“ und mancherlei anderem, er sieht als Mittel der Umgestaltung der Wirtschaft auf das dem Produktionsbedürfnis entsprechende Maß in Stilllegungen, kurz, wieder in einer Frage, die auf Kosten der Arbeiter gelöst werden soll.

Und wenn sämtliche Lokomotivfabriken stillgelegt würden, weil eine einzige alle Aufträge erhalten soll, unsere Wirtschaft wäre dennoch nicht rationalisiert, weil sie auch dann noch in einem räumlich zu großen Betrieb mit zu viel Leistungsunkosten und zu langem Kapitalumschlag arbeitet!

In Amerika geht das allgemeine Bestreben dahin, dem Arbeiter im Betrieb jeden unnützen Schritt zu ersparen, bei uns hat das Unternehmertum sich erst dann glücklich geföhlt, wenn die Fabrik möglichst groß und weitläufig wurde.

Unsere Industrieführer haben durch eine zehnjährige falsche Substanzpolitik den Arbeiter gezwungen, heute mehr zu laufen als zu arbeiten, die Folgen dieses Führerfehlers sollen nun die Schuld des Arbeiters sein, dessen Produktionsleistung, dessen „Leistung pro Mann“ zurückgegangen sein soll — so behauptet es die offizielle Verteidigungsformel des Reichsverbandes der deutschen Industrie“.

Man möge doch einmal ausprobieren lassen, was der deutsche Arbeiter leisten kann, wenn er einen gut durchgebildeten technischen Betriebsapparat ohne unnütze Wege erhält, wenn in den Betriebsleistungen ausschließlich Leute sitzen, die nicht nur kommandieren, sondern auch produzieren können, und wenn der Arbeiter sieht, daß seine Leistung nicht zuerst Unternehmerprofit, sondern billige Ware hervorbringt.

Den Herren Röttgen und Krämer und von Borßig und wie sie alle heißen, sei der höfliche Rat gegeben, bei ihren Mitgliedern im „Reichsverband der deutschen Industrie“ und in der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ mit eben solcher Energie für Aufklärung zu sorgen, wie sie sich bemühen, immer wieder den Arbeiter als den Hauptschuldigen am deutschen Wirtschaftselend hinzustellen. Wir gehen allerdings zu, daß es leichter ist, politisch zu „meißeln“. Nachdem es aber dämmert, wäre es doch an der Zeit, etwas Positives zu tun.

Um Antwort wird gebeten! Ruri Heinig.

Besserung in der Automobilindustrie. Die Opelwerke teilen mit, daß sie ihren Betrieb, nachdem inzwischen größere Aufträge, vor allem aus dem Auslande, eingegangen sind, wieder aufnehmen, allerdings noch nicht in vollem Umfang, da die inzwischen weiter durchgeführte Umstellung auf Massenfabrikation in den Opel-Werken jetzt schon eine Tagesleistung von über 200 Kraftwagen ermöglicht. Nach der Wiederaufnahme des Betriebes sollen 3500 Mann beschäftigt werden, das entspricht ungefähr der Hälfte der Belegschaft vor der Stilllegung. Die Aufträge stammen in der Hauptsache aus Spanien und Südspanien und sichern dem Unternehmen eine Beschäftigung für etwa ein halbes Jahr. — Auch die Horchwerke in Sigmund melden eine Besserung des Auftragsengangs.

Pfandbriefe der Landherrschaft am 1. Januar. Die Direktion der Zentrallandherrschaft für die preussischen Staaten veröffentlicht die zweite Aufstellung der von ihr und den ihr angeschlossenen Landherrschaften in Umlauf befindlichen Pfandbriefe aller Art. Danach haben die für den heutigen Pfandbriefmarkt wichtigsten acht- und zehnjährigen Goldpfandbriefe seit Dezember nur eine geringfügige Vermehrung erfahren, insgesamt um 5,67 Millionen Mark von 282,11 auf 287,78 Millionen. Die achtprozentigen Goldpfandbriefe sind von 78,20 auf 78,87, die zehnjährigen von 203,91 auf 208,91 Millionen vermehrt. Der zehnjährige Goldpfandbrief hat also seinen Borrang behauptet, was bei der angepannten Lage des Kapitalmarktes nur natürlich ist. Betreffend sind an der Vermehrung hauptsächlich die Ostpreussische und die Sächsisch-Pommersche Landherrschaft an achtprozentigen Goldpfandbriefen ist bei der Zentrallandherrschaft um 0,7 Millionen verringert, bei der Schlesischen Landherrschaft um 1,57 Millionen vermehrt. Der Umlauf an fünf- und zehnjährigen Roggenpfandbriefen ist von 18,22 auf 17,81 Zentner zurückgegangen, der an Papiermarkpfandbriefen von 2313 auf 2217 Millionen.

Der schwedische Zündholzmarkt. Auf dem Zündholzmarkt hat der schwedische Zündholztrakt eine wachsende Bedeutung. Dieser Umstand ist nicht auf den Rohstoffreichtum des Landes, sondern auf einen gebildeten Arbeiterstand und auf die organisatorischen Fähigkeiten der Schweden zurückzuführen. Der schwedische Zündholztrakt „Svenska Tändstick“ — A. B. — beherrscht mit Hilfe der Firma „A. B. Kreuger und Löf“ und ihrer amerikanischen Tochtergesellschaft „American Kreuger and Löf Corporation“ den Weltmarkt. Sie stellen ihren planmäßig aufgebauten Verteilungsapparat dem Trakt zum Verkauf von Zündholzern zur Verfügung und leisten auch bei der Reuebeschaffung von Kapitalien wesentliche Dienste. Der Trakt ist vertikal organisiert, besitzt eine eigene Fabrik zur Herstellung der notwendigen Maschinen, eigene Lithographenanstalten, elektrochemische Anlagen, um die verschiedenen Chemikalien selbst gewinnen zu können. Er hat größere Wälder aufgekauft und ist an einer Reederei beteiligt. Den Verkauf der Waren auf fremden Märkten hat der Trakt selbst in die Hand genommen. Die Vorzüglichkeit der Handelsorganisation bedingt die Ueberlegenheit der schwedischen Zündholzindustrie, die ihr, wie Dr. Wilhelm Grottkopp und Dr. Fritz L. Wegner im „Wirtschaftsblatt“ ausführlich nachweisen, zum Siege auf dem Weltmarkt verhilft. So hat die schwedische Zündholzindustrie im Kampfe gegen die japanische den ostasiatischen Markt erobert; es ist auch gelungen, die größten deutschen Zündholzunternehmen, die Stahl und Roske A.-G. und die Union Augsburg A.-G., in ihren Bannkreis zu ziehen. Wo Zollmauern hindern aufstehen, dort baut der schwedische Trakt, wie in Indien, eigene Fabrikation auf. Es gelang ihm, in Polen und in Peru Zündholzmonopole zu errichten. In Polen wurde eine besondere Gesellschaft begründet, an der der schwedische Trakt und keine amerikanische Tochtergesellschaft mit je 50 Prozent beteiligt sind; in Peru wird der Bedarf des Landes an Zündholzern durch Import aus Schweden gedeckt. Der Trakt darf in Peru die Zündholzer fast zehnmal so teuer verkaufen wie in Schweden. Beide Verträge wurden auf 20 Jahre abgeschlossen. — Den Bestrebungen, auch den deutschen Zündholzmarkt vom schwedischen Trakt abhängig zu machen, steht die Tatsache gegenüber, daß die Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine für die Mitglieder ihrer Organisation selbständig die Zündholzfabrikation betreibt. Man sieht: die Organisation der Verbraucher kann auch zum wirksamen Mittel werden, einer Ueberhebung der Verbrauchsmittelindustrie durch Auslandskapital abzumehren.

Der russische Naphthaexport nach Deutschland. Während im Jahre 1923 aus der Sowjetunion 81 000 Tonnen und im Jahre 1924 63 500 Tonnen Naphthaexporte nach Deutschland exportiert wurden, stieg, wie der Ost-Europäer erzählt, der Naphthaexport im Jahre 1925 auf 180 000 Tonnen. Davon entfallen 65 000 Tonnen auf Benzin, 98 000 Tonnen auf Schmieröl, 15 000 Tonnen auf Gasöl und 2000 Tonnen auf sonstige Naphthaexporte. Infolge der starken Steigerung des Exports hat sich das russische Naphthalandtal veranlaßt gesehen, bei seiner Verteilung in Deutschland (Hamburg, Wollfabri C 9/11) eine Schmierölvertriebsstelle zu organisieren, durch die die Schmieröle direkt dem Verbraucher zugeführt werden; die bei dieser Betriebsstelle befindlichen Tanks haben ein Fassungsvermögen von 20 000 Tonnen.

